



Offenlegungsbericht
der IBB-Gruppe zum 31.12.2016

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
2	Anwendungsbereich	5
2.1	Konsolidierungskreis.....	5
3	Eigenkapital	7
3.1	Verfahren zur Eigenkapitalberechnung.....	7
3.2	Eigenmittel	7
3.3	Eigenkapitalanforderung nach Aufsichtsrecht.....	8
3.4	Gesamt- und Kernkapitalquoten	9
4	Antizyklischer Kapitalpuffer	10
5	Unternehmensführungsregelungen	12
5.1	Anzahl der vom Leitungsorgan bekleideten Leitungs- und Aufsichtsfunktionen.....	12
5.2	Strategie für die Auswahl der Mitglieder des Leitungsorgans	12
5.3	Diversitätsstrategie für die Auswahl der Mitglieder des Leitungsorgans, Ziele und einschlägige Zielvorgaben der Strategie, Zielerreichungsgrad.....	13
5.4	Risikoausschuss und Anzahl der Ausschusssitzungen	13
5.5	Beschreibung des Informationsflusses an den Verwaltungsrat bei Fragen des Risikos.....	13
6	Risikomanagementziele und -politik für die einzelnen Risikoarten	14
6.1	Risikomanagement	14
6.2	Arten von Risiken	14
6.3	Art und Umfang der Risikoberichterstattung	15
6.4	Risikotragfähigkeit.....	15
7	Adressenausfallrisiko	17
7.1	Risikomanagementprozess Adressenausfallrisiko.....	17
7.2	Kreditrisiko	17
7.3	Emittenten- und Kontrahentenrisiko.....	17
7.4	Ratingverfahren	18
7.5	Quantitative Angaben zu Adressenausfallrisiken.....	20
7.6	Kreditrisikominderungstechniken	22
7.7	Risikovorsorge	25
7.8	Angaben zu derivativen Adressenausfallrisiken	27
7.9	Nicht im Handelsbuch enthaltene Beteiligungspositionen	28
8	Risikomanagement weiterer Risikoarten	29
8.1	Spreadrisiko	29
8.2	Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch	29
8.3	Beteiligungsrisiko	29
8.4	Liquiditätsrisiko	30
8.5	Operationelles Risiko	30
8.6	Risikokonzentrationen.....	31
9	Erklärungen des Vorstands der IBB zum Risikomanagement und -profil.....	32
10	Offenlegung der Vermögensbelastung	33
10.1	Angaben zur Höhe der Belastung.....	34
11	Verschuldungsquote.....	35
11.1	Prozess zur Steuerung des Risikos von übermäßiger Verschuldung.....	37
11.2	Einflussfaktoren auf die Verschuldungsquote im Geschäftsjahr 2016	37
12	Vergütungsbericht.....	38
12.1	Hintergrund des Berichts	38
12.2	Vergütungspolitik der IBB	38
12.3	Vergütungspolitik der IBB Beteiligungsgesellschaft mbH	40
12.4	Vergütungsinformation	42
12.5	Zusammensetzung der Gremien	43
13	Anhang.....	44
	Anlage zu den Eigenmitteln	44
	Abkürzungsverzeichnis.....	54

1 Einleitung

Der vorliegende Offenlegungsbericht gibt ein umfassendes Bild über das aktuelle Risikoprofil und das Risikomanagement der aufsichtsrechtlichen Investitionsbank Berlin - Gruppe (IBB-Gruppe) und umfasst insbesondere Angaben über:

- die aufsichtsrechtliche und handelsrechtliche Struktur,
- die Eigenmittelausstattung,
- das allgemeine Risikomanagementsystem der IBB sowie
- das Risikomanagement in Bezug auf einzelne Risikoarten.

Für das Geschäftsjahr 2016 wurde der nach § 16 Abs. 1 der Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV) i. V. m. mit Art. 450 CRR zu veröffentliche Vergütungsbericht der IBB-Gruppe wieder in den Offenlegungsbericht der IBB-Gruppe integriert.

Die zum 31.12.2016 gültigen Rechtsgrundlagen, insbesondere der Capital Requirements Regulation (CRR) und Capital Requirements Directive IV (CRD IV), daraus abgeleiteten Durchführungsverordnungen und erlassenen Leitlinien sowie das Kreditwesengesetz (KWG) bildeten die Basis für die Erstellung des aktuellen Offenlegungsberichtes.

In Übereinstimmung mit Art. 432 CRR und dem BaFin-Rundschreiben 05/2015 (BA)¹ zu Wesentlichkeit, Geschäftsgeheimnis und Vertraulichkeit werden im Rahmen des Offenlegungsberichtes der IBB-Gruppe alle Mindestanforderungen zur Offenlegung erfüllt. Von der Möglichkeit auf bestimmte Aspekte der Offenlegung zu verzichten, wird kein Gebrauch gemacht. Dennoch sind für die IBB-Gruppe nicht alle Offenlegungsvorschriften relevant. Die nachfolgende Tabelle führt die Vorschriften auf, die keine Anwendung finden:

Tabelle 1: Offenlegungsvorschriften, die in der IBB-Gruppe keine Anwendung finden

Vorschrift	Inhalt	Grund
Art. 437 Abs. 1 b) CRR	Beschreibung der Hauptmerkmale, der begebenen Instrumente des harten Kernkapitals, des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals	Die IBB hat keine Eigenkapitalinstrumente ausgegeben.
Art. 438 b) CRR	Ergebnis des institutseigenen Verfahrens zur Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals einschließlich der Zusammensetzung der zusätzlichen Eigenmittel aufgrund einer aufsichtlichen Überprüfung	Die Anforderung ist nur nach Auflage der BaFin zu erfüllen und für die IBB nicht relevant.
Art. 438 d) CRR	Information von 8% der risikogewichteten Positionsbeiträge für jede der in Art. 147 CRR genannten Risikopositionsklassen sowie Informationen zu Spezialfinanzierungsrisikopositionen und Beteiligungspositionen	Die IBB nimmt die Risikogewichtung nach dem Kreditrisikostandardansatz vor.
Art. 438 e) CRR	Eigenmittelanforderungen für die Handelsbuchtätigkeit sowie Eigenmittelanforderungen für Fremdwährungsrisiko, Abwicklungsrisiko und das Warenpositionsrisiko	Die IBB ist ein Nichthandelsbuchinstitut und führt kein Handelsbuch. Es bestehen keine Fremdwährungs-, Abwicklungs- und Warenpositionsrisiken.
Art. 439 g und h) CRR	Nominalbeträge von Kreditderivatgeschäften	Die IBB hält keine Kreditderivate.
Art. 439 i) CRR	α -Schätzung bezüglich Gegenparteiausfallrisiko	Die IBB hat keine Genehmigung zur Schätzung von α bei der Aufsichtsbehörde beantragt.
Art. 441 CRR	Indikatoren der globalen Systemrelevanz	Die IBB ist kein global systemrelevantes Institut (G-SRI).
Art. 445 CRR	Marktrisiko - Eigenmittelanforderungen für die Handelsbuchtätigkeit	Die IBB ist ein Nichthandelsbuchinstitut und führt kein Handelsbuch. Es bestehen keine Fremdwährungs-, Abwicklungs- und Warenpositionsrisiken. Es bestehen keine Verbriefungspositionen.

¹ Rundschreiben 05/2015 (BA) - Umsetzung der EBA-Leitlinien zur Offenlegung vom 08.06.2015

Vorschrift	Inhalt	Grund
Art. 446 CRR	Operationelles Risiko - Beschreibung zu fortgeschrittene Ansätze zur Bemessung	Die IBB verwendet den Basisindikatoransatz.
Art. 449 CRR	Risiko aus Verbriefungspositionen	Die IBB hat keine Verbriefungspositionen im Bestand.
Art. 452 CRR	Anwendung des IRB-Ansatzes auf Kreditrisiken	Die IBB verwendet zur Risikogewichtung den Kreditrisikostandardansatz.
Art. 454 CRR	Verwendung fortgeschrittener Messansätze für operationelle Risiken	Die IBB verwendet den Basisindikatoransatz.
Art. 455 CRR	Verwendung interner Modelle für das Marktrisiko	Die IBB ist ein Nichthandelsbuchinstitut und führt kein Handelsbuch. Es werden keine internen Modelle zur Ermittlung der Eigenmittelanforderungen für das Marktrisiko angewandt.

Die Angemessenheit und Zweckmäßigkeit der Offenlegungsinhalte und -praxis ist gemäß Art. 431 Abs. 3 CRR regelmäßig zu überprüfen. Die IBB hat hierzu einen Überprüfungsprozess für die Offenlegung eingerichtet, welcher der Berichtserstellung zeitlich vorgelagert ist.

Die IBB-Gruppe führt die Offenlegung weiterhin jährlich durch. Dabei wird die Notwendigkeit einer häufigeren Offenlegung ebenfalls im Rahmen des Überprüfungsprozesses regelmäßig überprüft. Bisher geben weder die aufsichtlichen Kriterien Anlass zu einer unterjährigen Veröffentlichung, noch gibt es andere Gründe für eine häufigere Offenlegung. Der Offenlegungsbericht wird auf der Internetseite der Investitionsbank Berlin neben dem Geschäftsbericht, dem Konzernabschluss und Lagebericht als eigenständiger Bericht unter der Rubrik "Investor Relations" veröffentlicht.

Wir weisen darauf hin, dass bei der Verwendung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben aufgrund kaufmännischer Rundung, Differenzen auftreten können.

2 Anwendungsbereich

Mit dem vorliegenden Bericht setzt die Investitionsbank Berlin (IBB) als übergeordnetes Institut der aufsichtsrechtlichen Institutsgruppe nach § 10a Abs. 1 KWG die Offenlegungspflichten nach den Artikeln 431 bis 451 CRR i. V. m. § 26a KWG um.

Für allgemeine Ausführungen zur rechtlichen und organisatorischen Struktur sowie zu den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung der IBB und IBB-Gruppe gemäß § 26a Satz 1 KWG wird auf den Konzernlagebericht 2016² verwiesen.

Die Angaben in diesem Bericht beziehen sich auf den nachfolgend beschriebenen aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis (IBB-Gruppe), sofern nicht ein spezieller Bezug auf die IBB (synonym "die Bank") hergestellt wird. Da die IBB den Konzernabschluss auf Basis der Rechnungslegung nach IFRS erstellt, erfolgt gemäß den Vorgaben der CRR auch für die aufsichtsrechtliche IBB-Gruppe die Ermittlung der Eigenmittelanforderungen nach den Regelungen der IFRS.

2.1 Konsolidierungskreis

Die IBB steht als übergeordnetes Unternehmen der aufsichtsrechtlichen Institutsgruppe vor. Nachfolgend wird ein Überblick über die Institutsgruppe nach § 10a KWG dargestellt.

Tabelle 2: Übersicht der konsolidierten Unternehmen

Unternehmens- typ	Unternehmen	Aufsichtsrechtliche Behandlung				Konsolidierung nach Rechnungs- legungsstandard (IFRS)	
		Konsolidierung		Abzugs- methode	risiko- gewichtet	voll	at equity
		voll	quotal				
Kreditinstitute	Investitionsbank Berlin (IBB)	X	-	-	-	X	-
Finanzunterneh- men	IBB Beteiligungsgesellschaft mbH (IBB Bet)	X	-	-	-	X	-
	VC Fonds Berlin GmbH	X	-	-	-	X	-
	VC Fonds Technologie Berlin GmbH	X	-	-	-	X	-
	VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH	X	-	-	-	X	-
	Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG	-	-	X	-	-	-
	ipal Gesellschaft f. Patent- verwertung Berlin mbH (ipal)	-	-	-	X	X	-
Sonstige Unter- nehmen	BTGI Berliner Trägergesell- schaft für Gewerbe- Infrastrukturmaßnahmen mbH (BTGI)	-	-	-	X	X	-
	Immobilien-gesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH (IGSW)	-	-	-	X	X	-
	Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH				X		X

Die Erstellung eines Konzernabschlusses für die Institutsgruppe erfolgte zum 31.12.2016 nach den Internationalen Rechnungslegungsvorschriften (IFRS).

Eine Veränderung des Konsolidierungskreises ergab sich aufgrund der Verschmelzung der IBB Beteiligungsgesellschaft mbH auf die IBB-Holding GmbH. Die verschmolzene Gesellschaft wurde anschließend zur IBB Beteiligungsgesellschaft mbH umfirmiert.

Unternehmensgegenstand von IBB Beteiligungsgesellschaft mbH (IBB Bet), VC Fonds Berlin GmbH, VC Fonds Technologie Berlin GmbH und VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH ist jeweils der Erwerb, das Halten, die Verwaltung und die Veräußerung von Wagniskapitalbeteiligungen. Bei der IBB Beteiligungsgesellschaft mbH handelt es sich um eine offene Beteiligung der IBB. Die IBB ist alleinige Gesellschafterin. Die IBB

² Konzernlagebericht Investitionsbank Berlin 2016 - Kapitel Grundlagen S. 3 - 6.

Beteiligungsgesellschaft mbH hält als alleinige Gesellschafterin offene Beteiligungen an der VC Fonds Berlin GmbH, der VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH und der VC Fonds Technologie Berlin GmbH.

Unternehmensgegenstand der Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG ist der Aufbau und die Verwaltung von Beteiligungen mit dem Geschäftsschwerpunkt Lebenswissenschaften mit dem Fokus auf Medizintechnik, Pharmazie und Dienstleistungen, insbesondere die Beteiligung an innovativen, wachstumsstarken, technologieorientierten Unternehmen. Die IBB ist mit einer Kommanditeinlage von 20% an der Gesellschaft beteiligt.

Unternehmensgegenstand der ipal war die Betreuung der Anmeldung und der Verwertung von gewerblichen Schutzrechten aller Art sowie die allgemeine Beratung zu diesen Themenbereichen. Seit Juni 2013 sind die Geschäftsaktivitäten der Gesellschaft auf die Vereinnahmung von Verwertungserlösen beschränkt. Die IBB ist zu 100,0% (Vorjahr: 81%) am Stammkapital der ipal beteiligt. Die IBB ist eine typische stille Beteiligung an der ipal eingegangen. Die stille Beteiligung wurde mit 10,0 Mio. EUR dotiert und kann von der Gesellschaft in Teilbeträgen angefordert werden. Zum 31.12.2016 valuiert die stille Beteiligung mit 9,0 Mio. EUR. Sie ist in voller Höhe wertberichtigt.

Unternehmensgegenstand der BTGI ist die Tätigkeit als Träger von wirtschaftlichen Infrastrukturvorhaben von öffentlichem Interesse sowie die Übertragung und Durchführung von Investitionen sowie des Betriebes und der Vermarktung der Infrastruktur an Dritte. Bei der BTGI handelt es sich um eine offene Beteiligung der IBB Beteiligungsgesellschaft mbH. Die IBB Beteiligungsgesellschaft mbH ist alleinige Gesellschafterin.

Unternehmensgegenstand der IGSW ist die Verwaltung des eigenen Vermögens. Bei der IGSW handelt es sich um eine offene Beteiligung der IBB Beteiligungsgesellschaft mbH. Die IBB Beteiligungsgesellschaft mbH ist alleinige Gesellschafterin.

Die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH bietet Beratung und Betreuung sowie Maßnahmen zur Förderung der Internationalisierung, des Exports der Berliner Wirtschaft sowie des Wissens- und Technologietransfers für in Berlin ansässige oder anzusiedelnde Unternehmen. Die IBB ist mit 31,5% an der Gesellschaft beteiligt.

3 Eigenkapital

3.1 Verfahren zur Eigenkapitalberechnung

Die Berechnung der Eigenmittel wird auf Basis des KWG und der CRR durchgeführt. Seit 2014 werden für die Berechnung der Eigenmittel und Risikopositionen in der IBB-Gruppe die internationalen Rechnungslegungsvorschriften (IFRS) angewendet.

Zur Ermittlung des Anrechnungsbetrags für Kreditrisiken verwendet die IBB den Kreditrisikostandardansatz (KSA). Für die Unterlegung der operationellen Risiken nutzt die IBB den Basisindikatoransatz. Marktpreisrisiken sind weiterhin nicht mit Eigenkapital zu unterlegen. Die Ermittlung der Eigenmittelanforderungen für das CVA-Risiko (Anpassung der Kreditbewertung) erfolgt nach der Standardmethode.

Die IBB ist aufgrund der getätigten Geschäfte aufsichtsrechtlich ein Nichthandelsbuchinstitut i.S.v. Art. 4 Abs. 1 Nr. 86 i. V. m. Art. 94 Abs. 1 CRR und führt ein Handelsbuch ohne Bestand. Alle Bestände sind dem Anlagebuch zugeordnet. Die Anforderungen zur Unterlegung von Risikopositionen des Handelsbuchs nach Teil 3 Kapitel 3 Art. 102 ff CRR sind somit nicht einschlägig. Verbriefungspositionen zählen weiterhin nicht zum Produktkatalog der IBB-Gruppe.

3.2 Eigenmittel

Die Eigenmittel der IBB-Gruppe werden auf Basis der CRR i. V. m. dem KWG berechnet. In der nachfolgenden Tabelle sind die relevanten Eigenmittel der IBB-Gruppe zum 31.12.2016 in verkürzter Form dargestellt. Die vollständige Übersicht der Eigenmittel während der Übergangszeit gemäß Anhang IV der Durchführungsverordnung 1423/2013 ist im Anhang in Tabelle 42 aufgeführt.

Tabelle 3: Kurzübersicht der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelstruktur, in Mio. EUR

Kapitalinstrumente	Betrag	Verweis auf Artikel in der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR)
Hartes Kernkapital (CET1) - Instrumente und Rücklagen		
Gezeichnetes Kapital/Grundkapital	300,0	26 Abs. 3 (Verzeichnis der EBA)
Einbehaltene Gewinne	11,1	26 Abs. 1c)
Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen, zur Berücksichtigung nicht realisierter Gewinne und Verluste nach den anwendbaren Rechnungslegungsstandards)	658,7	26 Abs. 1d) und e)
Hartes Kernkapital vor regulatorischen Anpassungen	969,8	
Hartes Kernkapital (CET1) - regulatorische Anpassungen		
Zusätzliche Bewertungsanpassungen/ Prudent Valuation	-7,5	34, 105
Immaterielle Vermögenswerte	-1,5	36 Abs.1b), 472 Abs. 4
Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten	0,0	33 Abs. 1b)
Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10% und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	-2,9	36 Abs. 1i), 43, 45, 47
Regulatorische Anpassungen im Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten	-1,1	467, 468
Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals	-13,0	
Hartes Kernkapital (CET1)	956,8	
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	0,0	
Kernkapital (T1 = CET1 + AT1)	956,8	
Ergänzungskapital (T2) Insgesamt	0,0	
Eigenkapital insgesamt (T1 + T2)	956,8	

Die Eigenmittel der IBB-Gruppe bestehen vollständig aus hartem Kernkapital (CET1). Zusätzliches Kernkapital und Ergänzungskapital besteht nicht.

Das harte Kernkapital besteht aus dem gesetzlichen Grundkapital des Landes Berlin (gemäß §§ 2 und 3 Gesetz zur rechtlichen Verselbstständigung der Investitionsbank Berlin).³ Darüber hinaus bilden die satzungsmäßige Zweckrücklage, andere Gewinnrücklagen und die IFRS-Erstanwendungsrücklage das Eigenkapital. Eigenkapitalinstrumente wie z.B. Aktien oder Genussrechte wurden nicht ausgegeben.

Vom Kernkapital abgezogen werden die aufsichtsrechtlich geforderten Abzugspositionen. Abgesehen von den vorgeschriebenen regulatorische Anpassungen im Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß §§ 24 und 25 SolvV nimmt die IBB keine Übergangsbestimmung und Erleichterungsregeln in Anspruch.

Eine Abstimmung sämtlicher Bestandteile des regulatorischen Eigenkapitals mit der Bilanz zeigt die in der folgenden Tabelle dargestellte Überleitungsrechnung zum Berichtsstichtag 31.12.2016.

Tabelle 4: Überleitungsrechnung vom bilanziellen zum regulatorischen Kapital, in Mio. EUR

Kapitalbestandteile	Bilanzielles Eigenkapital	Eigenmittel regulatorisch
Gezeichnetes Kapital	300,0	300,0
Gewinnrücklagen	656,0	656,0
Zweckrücklage	395,2	395,2
Erstanwendungseffekt IFRS	343,6	343,6
Andere Gewinnrücklagen	-82,8	-82,8
Neubewertungsrücklage	2,7	2,7
Bilanzgewinn	138,5	138,5
Gewinn- / Verlustvortrag Vorjahre	11,1	11,1
Jahresergebnis 2016	127,4	127,4
Bilanzielles Eigenkapital	1.097,2	
Abzugsposten und Prudential Filters		-140,4
Immaterielle Vermögensgegenstände		-1,5
Beteiligungen an Unternehmen der Finanzbranche		-2,9
Positives Jahresergebnis 2016		-127,4
Nicht realisierte Gewinne und Verluste §§ 24, 25 SolvV		-1,1
Prudent Valuation Art. 34, 105 CRR (einfacher Ansatz)		-7,5
Eigenbonitätsveränderungen Art. 33 b und c) CRR		0,0
Eigenmittel regulatorisch		956,8

3.3 Eigenkapitalanforderung nach Aufsichtsrecht

Dargestellt werden die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen der IBB-Gruppe für Adressenausfall-, operationelle und CVA-Risiken zum 31.12.2016. Diese werden entsprechend der Vorgaben der CRR ermittelt. Die Eigenkapitalanforderungen belaufen sich auf insgesamt 416,3 Mio. EUR.

Die Eigenkapitalanforderungen für Adressenausfallrisiken, die insgesamt auf Basis des Kreditrisikostandardsatzes gemäß Teil 3 Titel II Kapitel 2 CRR ermittelt werden, betragen 382,9 Mio. EUR. Bezogen auf die aufsichtsrechtlichen Risikopositionsklassen ergibt sich die Verteilung der Risikopositionen und Eigenkapitalunterlegung gemäß Tabelle 5.

Für die IBB-Gruppe bestehen keine Eigenkapitalanforderungen für Marktpreisrisiken. Die Bank ist ein Nicht-handelsbuchinstitut, daher sind Zins- und Aktienrisiken nicht relevant. Fremdwährungsrisikopositionen sowie Rohwarenrisikopositionen des Gesamtbuches existieren nicht.

Die Unterlegung der operationellen Risiken, die nach dem Basisindikatoransatz gemäß den Artikeln 315 und 316 CRR ermittelt wird, beläuft sich auf 28,3 Mio. EUR.

³ Capital instruments in EU member states qualifying as Common Equity Tier 1 instruments by virtue of Article 26 (3) of Regulation (EU) No 575/2013 - EBA-Veröffentlichung vom 23.12.2014 zur Anerkennung als hartes Kernkapital (zuletzt aktualisiert am 01.12.2016).

Die Eigenmittelanforderungen für das Risiko einer Anpassung der Kreditbewertung (CVA-Risiko) erfolgt nach der Standardmethode gemäß Art. 384 CRR und beträgt 5,1 Mio. EUR.

Tabelle 5: Eigenmittelanforderungen und Risikoaktiva nach Risikoart zum 31.12.2016, in Mio. EUR

Risikoposition	Eigenmittel-anforderungen	Risikoaktiva
Adressenausfallrisiko im Standardansatz (KSA)⁴	382,9	4.786,9
Risikopositionen gegenüber Zentralstaaten oder Zentralbanken	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften	0,1	0,7
Risikopositionen gegenüber öffentlichen Stellen	0,8	9,8
Risikopositionen gegenüber multilateralen Entwicklungsbanken	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber internationalen Organisationen	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber Instituten	104,1	1.301,2
Risikopositionen gegenüber Unternehmen	139,3	1.741,2
Risikopositionen aus dem Mengengeschäft	16,8	210,2
durch Immobilien besicherte Risikopositionen	89,0	1.112,1
ausgefallene Risikopositionen	12,1	151,7
Risikopositionen in Form von gedeckten Schuldverschreibungen	8,7	108,8
Beteiligungsrisikopositionen	7,5	94,8
Sonstige Positionen	4,5	56,4
Risiko einer Anpassung der Kreditbewertung	5,1	64,0
CVA-Risiko (Standardmethode)	5,1	64,0
Marktpreisrisiko	0,0	0,0
Operationelles Risiko	28,3	353,4
Operationelle Risiken (Basisindikatoransatz)	28,3	353,4
Gesamt	416,3	5.204,3

3.4 Gesamt- und Kernkapitalquoten

In der folgenden Tabelle sind die Gesamt- und Kernkapitalquoten zum 31.12.2016 dargestellt.

Tabelle 6: Gesamt- und Kernkapitalquoten, in %

Gesamt- und Kernkapitalquoten	Gesamtkapitalquote	Kernkapitalquote	Harte Kernkapitalquote
Investitionsbank Berlin - Gruppe	18,4	18,4	18,4
Investitionsbank Berlin - Einzelinstitut	19,0	18,3	18,3

Die Mindestkapitalanforderungen wurden im Jahr 2016 stets erfüllt.

⁴ Es werden nur Risikopositionsklassen aufgeführt, in denen am Berichtsstichtag Risikopositionen enthalten sind.

4 Antizyklischer Kapitalpuffer

Mit Jahresbeginn 2016 finden die Kapitalpufferanforderungen nach CRD IV i. V. m. KWG Anwendung. Neben dem allgemeinen Kapitalerhaltungspuffer sind auch die Anforderungen zum antizyklischen Kapitalpuffer für die IBB-Gruppe relevant.

Bei dem antizyklischen Kapitalpuffer handelt es sich um ein makroprudenzielles Werkzeug der Bankenaufsicht. Gelangt die Bankenaufsicht zur Ansicht, dass die Kreditinstitute übermäßig Kredite an den privaten Sektor vergeben, kann mit dem antizyklischen Kapitalpuffer korrigierend eingegriffen werden. Die Banken werden dann verpflichtet, mehr Eigenkapital vorzuhalten, um die potenziellen Verluste in der Zukunft abfedern zu können. In Zeiten von Verlusten können die Institute den Puffer wieder abschmelzen lassen. Der antizyklische Kapitalpuffer kann zwischen 0 % und 2,5 % der Summe der risikogewichteten Aktiva betragen und ist durch hartes Kernkapital vorzuhalten.

Die Höhe des antizyklischen Kapitalpuffers wird in Deutschland durch die BaFin, unter Berücksichtigung etwaiger Empfehlungen des Ausschusses für Finanzstabilität, festgelegt. Für das Jahr 2016 sieht die BaFin keine Notwendigkeit für einen antizyklischen Kapitalpuffer in Deutschland. Bisher wurden in Norwegen, Schweden und Hong Kong von den nationalen Aufsichtsbehörden antizyklische Kapitalpuffer festgelegt.

Die Kapitalanforderung für den institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffer ergibt sich durch Multiplikation des Prozentsatzes des institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffers mit dem Gesamtrisikobetrag nach Art. 92 Abs. 3 CRR und ist mit hartem Kernkapital vorzuhalten (§ 10d Abs. 1 KWG). Die Institute ermitteln den Prozentsatz des institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffers nach § 10d Abs. 2 KWG als gewichteten Durchschnitt aus den in den einzelnen Ländern, in denen die maßgeblichen Risikopositionen⁵ des Instituts belegen sind, festgelegten antizyklischen Kapitalpufferquoten.

Die geografische Verteilung der maßgeblichen Risikopositionen und die berechnete Höhe des institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffers sind nach Art. 440 CRR i. V. m. Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1555/2015 vom 28. Mai 2015 offenzulegen. Weiterhin sind die geografische Verteilung der für die Berechnung des antizyklischen Kapitalpuffers wesentlichen Kreditrisikopositionen und die institutsindividuelle Höhe offenzulegen.

Tabelle 7: Geografische Verteilung der für die Berechnung des antizyklischen Kapitalpuffers wesentlichen Kreditrisikopositionen auf konsolidierter Basis zum 31.12.2016

Kreditrisikoprüfung auf konsolidierter Basis zum 31.12.2016					
in Mio. EUR	Kreditrisiko	Eigenmittelanforderungen		Gewichtung der Eigenmittelanforderungen in %	Quote des antizyklischen Kapitalpuffers in %
	Risiko-Positionswert Standardansatz	Davon: Kreditrisiko	Summe		
Aufschlüsselung nach Ländern					
Deutschland	5.611,8	263,3	263,3	0,95	0,000
Österreich	188,2	5,7	5,7	0,02	0,000
Niederlande	36,1	2,9	2,9	0,01	0,000
Schweden	194,7	1,8	1,8	0,01	0,015
Frankreich	186,7	1,5	1,5	0,01	0,000
Großbritannien	25,6	0,9	0,9	0,00	0,000
Vereinigte Staaten	20,1	0,8	0,8	0,00	0,000
Finnland	76,7	0,6	0,6	0,00	0,000
Norwegen	30,1	0,3	0,3	0,00	0,015
Sonstige Länder	3,7	0,2	0,2	0,00	0,000
Gesamt	6.373,6	278,0	278,0	1,00	

⁵ Die maßgeblichen Risikopositionen sind in § 36 SolvV definiert und umfassen grundsätzlich Risikopositionen gegenüber dem privaten Sektor.

Tabelle 8: Höhe des institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffers

IBB-Gruppe auf konsolidierter Basis	31.12.2016
Gesamtforderungsbetrag (Risikoaktiva) in Mio. EUR	5.204,3
Institutsspezifische Quote des antizyklischen Kapitalpuffers	0,01%
Anforderung an den institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffer in Mio. EUR	0,6

5 Unternehmensführungsregelungen

Nach Art. 435 Abs. 2 CRR legt die IBB folgenden die Unternehmensführung und Aufsichtsfunktionen betreffenden Regelungen offen.

5.1 Anzahl der vom Leitungsorgan bekleideten Leitungs- und Aufsichtsfunktionen

Tabelle 9: Anzahl der von Mitgliedern des Vorstands bekleideten Leitungs- oder Aufsichtsfunktionen

	Anzahl Leitungsfunktionen per 31.12.2016	Anzahl Aufsichtsfunktionen per 31.12.2016
Dr. Jürgen Allerkamp	1	3
Sonja Kardorf	1	-

Tabelle 10: Anzahl der von Mitgliedern des Verwaltungsrats bekleideten Leitungs- oder Aufsichtsfunktionen

	Anzahl Leitungsfunktionen per 31.12.2016	Anzahl Aufsichtsfunktionen per 31.12.2016
Nadja Bernstein	-	1
Michael Bomke	-	1
Michaela Maria Eder von Grafenstein	1	2
Andreas Geisel	-	3
Sven Hoffmann	-	2
Maren Kern	4	3
Dr. Dietrich Rümker	-	2
Dr. Margaretha Sudhof	-	7

Die obigen Angaben enthalten Mandate, die gemäß § 25c KWG bzw. § 25d KWG unter die Privilegierung fallen als auch die durch die BaFin zusätzlich gestattet wurden.

5.2 Strategie für die Auswahl der Mitglieder des Leitungsorgans

Die Auswahlstrategie ist - neben den gesetzlichen Regelungen - in der Satzung der IBB sowie der Geschäftsordnungen des Vorstands und des Verwaltungsrats - hier insbesondere des Nominierungsausschusses, der u. a. nach § 25d Abs. 11 KWG gesetzlich zugewiesenen Aufgaben übernimmt, verankert.

Vorstand

Dem Nominierungsausschuss obliegt die Vorbereitung von Entscheidungen des Verwaltungsrats über die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands. Dabei ermittelt er insbesondere Bewerber für die Besetzung einer Stelle im Vorstand und berücksichtigt dabei die Ausgewogenheit und Unterschiedlichkeit der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen aller Mitglieder des Vorstands, entwirft eine Stellenbeschreibung mit Bewerberprofil und gibt den mit der Aufgabe verbundenen Zeitaufwand an. Er identifiziert geeignete Bewerberinnen und Bewerber, führt die Bewerbergespräche und gibt Beschlussempfehlungen für den Verwaltungsrat. Mit der Zulassung zum Vorstand bestätigt die Bundesbank abschließend die fachliche Eignung und Zuverlässigkeit.

Der Vorstand der IBB besteht aus dem Vorsitzenden und einem Vorstandsmitglied. Die Bestellung von Vorstandsmitgliedern erfolgt für höchstens fünf Jahre, wobei eine wiederholte Bestellung für maximal fünf Jahre zulässig ist. Vorstandsmitglieder, die das 60. Lebensjahr überschritten haben, können nur bis zum Ablauf des Monats bestellt werden, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden. Über die Wiederbestellung des Vorstands ist frühestens zwölf und spätestens sechs Monate vor Ablauf der jeweiligen Bestellungsperiode zu beschließen. Eine Nachfolgeregelung besteht nicht.

Der Verwaltungsrat bewertet die Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands. Zwischen dem Vorstand und der Verwaltungsratsvorsitzenden werden Zielvereinbarungen abgeschlossen.

Der berufliche Werdegang der Vorstandsmitglieder ist auf den Internetseiten der IBB veröffentlicht.

Verwaltungsrat

Der Nominierungsausschuss unterstützt den Verwaltungsrat bei der Vorbereitung von Wahlvorschlägen für die Wahl der Mitglieder. Hierbei berücksichtigt er die Ausgewogenheit und Unterschiedlichkeit der Kenntnisse,

Fähigkeiten und Erfahrungen aller Mitglieder des Verwaltungsrats, entwirft eine Stellenbeschreibung mit Bewerberprofil und gibt den mit der Aufgabe verbundenen Zeitaufwand an.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats sind bzw. waren u.a. langjährig tätig als Vorstandsvorsitzender, als Mitglied von Vorständen von Banken sowie Geschäftsführung führender Investmentgesellschaften, auch mit internationalem Bezug, verfügen dazu über Erfahrungen in den Bereichen Kreditwesen, Risikomanagement, Finanzen, Wirtschaftsförderung und Immobilien, außerdem über juristisches Expertenwissen. Sie bekleiden unter anderem langjährige Aufsichtsratsmandate bei Finanzdienstleistungsunternehmen, Unternehmen und Großforschungseinrichtungen, verfügen gleichfalls über langjährige Erfahrungen als Vorsitzende/r bzw. stellvertretende/r Vorsitzende/r von Ausschüssen und Beiräten und daneben über ausgewiesene Expertise auf den Gebieten der Rechnungslegung und Abschlussprüfung.

Der Verwaltungsrat besteht aus sechs vom Senat und drei von der Personalvertretung zu bestellenden Mitgliedern, die für die Dauer von vier Jahren bestellt werden, wobei eine wiederholte Bestellung von vier Jahren zulässig ist. Zum Verwaltungsratsmitglied darf nur bestellt werden, wer besondere wirtschaftliche Erfahrungen und Sachkunde besitzt und geeignet ist, die IBB zu fördern und sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben wirksam zu unterstützen. Zur Bewertung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung des Verwaltungsrats hat das Gremium ein Kompetenzprofil festlegt, das für zukünftige Beratungsprozesse herangezogen wird. Die Verwaltungsratsmitglieder bewerten regelmäßig Größe, Zusammensetzung und Leistung des Verwaltungsrats und seiner Ausschüsse.

5.3 Diversitätsstrategie für die Auswahl der Mitglieder des Leitungsorgans, Ziele und einschlägige Zielvorgaben der Strategie, Zielerreichungsgrad

Das Landesgleichstellungsgesetz Berlin (LGG) gilt für die Berliner Verwaltung und somit für den Berliner Senat als Anstaltsträger für die IBB. Die Diversitätsstrategie ergibt sich u. a. aus diesem Gesetz, das Regeln und Maßnahmen vorgibt, die Gleichstellung von Männer und Frauen aktiv zu verfolgen.

Gemäß § 3 Satz 1 LGG ist jede Einrichtung verpflichtet, bestehende Unterrepräsentanten zu beseitigen. Die Ziele und ein umfangreicher Maßnahmenkatalog zur Erreichung dieser Ziele sind im LGG Berlin geregelt. Bei der Zusammensetzung des Vorstands und des Verwaltungsrats werden Ausgewogenheit und Unterschiedlichkeit der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen der Mitglieder der Organe berücksichtigt.

Zum 31.12.2016 betragen der Anteil weiblicher Vorstandsmitglieder und der Anteil weiblicher Verwaltungsratsmitglieder 50 %.

5.4 Risikoausschuss und Anzahl der Ausschusssitzungen

Der Verwaltungsrat der IBB hat einen Risiko- und Prüfungsausschuss gebildet, der im Geschäftsjahr 2016 zu vier ordentlichen Sitzungen zusammentrat. Der Verwaltungsrat wurde regelmäßig im Rahmen der Berichterstattung durch den Vorsitzenden über die Arbeit im Risiko- und Prüfungsausschuss und über die gefassten Beschlüsse informiert.

5.5 Beschreibung des Informationsflusses an den Verwaltungsrat bei Fragen des Risikos

Der Verwaltungsrat hat über Art, Umfang, Format und Häufigkeit der Informationen beschlossen, die die Geschäftsleitung an den Verwaltungsrat bzw. an seine Ausschüsse u. a. zum Thema Risiko vorlegen muss.

Der Umfang entspricht dabei mindestens den gesetzlichen Anforderungen. So berichtet die Geschäftsleitung dem Verwaltungsrat vierteljährlich über die nach den Mindestanforderungen an das Risikomanagement zu erstellenden Risikoberichte sowie anlassbezogen zu unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen und erörtert die Strategien mit dem Verwaltungsrat.

Zudem berichten die Ausschussvorsitzenden dem Gesamtgremium über die Inhalte und Ergebnisse der Sitzungen, über Beschlussempfehlungen und Beschlussfassungen. Des Weiteren kann der oder die Vorsitzende des Risiko- und Prüfungsausschuss unmittelbar beim Leiter der Internen Revision und beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen.

6 Risikomanagementziele und -politik für die einzelnen Risikoarten

6.1 Risikomanagement

Die Investitionsbank Berlin ist das Mutterunternehmen des IBB-Konzerns. Sie ist für das konzernweite Risikomanagement zuständig und aufgrund ihrer Größe und ihres Geschäfts maßgeblich für die Risikolage des Konzerns. Aus diesem Grund beziehen sich die nachfolgenden Ausführungen überwiegend auf die Investitionsbank Berlin. Die IBB unterliegt sämtlichen bankaufsichtsrechtlichen Normen des Risikomanagements.

Der Vorstand legt auf der Grundlage der Geschäftsstrategie die Risikostrategie fest. Inhalte der Risikostrategie sind insbesondere Teilstrategien zu allen wesentlichen Risikoarten sowie die Ableitung von Limiten und die Allokation des ökonomischen Kapitals. Durch einheitliche risikopolitische Grundsätze wird sichergestellt, dass die eingegangenen Risiken die Substanz des Unternehmens nicht gefährden und jederzeit kontrolliert und gesteuert werden können.

Die Bestimmung der Wesentlichkeit der Risikoarten erfolgt in einer Risikoinventur, die mindestens jährlich oder anlassbezogen durchgeführt wird, unter Berücksichtigung des Gesamtbankrisikoprofils der Bank. Während die Risikostrategie und die regelmäßige Risikoberichterstattung vor allem auf die Risiken eingehen, die aus dem Geschäftsbetrieb erwachsen, beinhaltet die Geschäftsstrategie auch die damit verbundenen Chancen. Über die Chancen wird im Rahmen der regelmäßigen Managementinformation berichtet.

Die Risikocontrollingfunktion nach AT 4.4.1 MaRisk wird vom Leiter des Bereichs Finanzen und Controlling ausgeübt. Der Bereich untersteht direkt dem für die Steuerung-Marktfolge zuständigen Vorstandsmitglied und ist somit von den Bereichen getrennt, die für die Initiierung bzw. den Abschluss von Geschäften zuständig sind. Damit ist eine Funktionstrennung von risikoeingehenden und risikouberwachenden Bereichen vollständig von der Vorstandsebene bis zu den operativen Abteilungen umgesetzt.

Der Vorstand hat wichtige Funktionen an ein von den risikoeingehenden Einheiten unabhängiges Risikocontrolling delegiert. Die Abteilung Risikocontrolling, die für die unabhängige Überwachung und Kommunikation der Risiken zuständig ist, ist Teil des Bereichs Finanzen und Controlling. Ihr obliegen die Aufgaben der Identifikation der Risiken sowie der Risikoüberwachung. Empfänger der vom Risiko-Controlling formulierten Handlungsempfehlungen sind in erster Linie der Vorstand der Bank sowie die jeweils zuständigen Ausschüsse und Gremien.

Kernaufgaben und Verantwortlichkeiten der Abteilung Risikocontrolling sind:

- die Identifizierung, Messung, Limitierung und Überwachung sowie die Berichterstattung der für die IBB relevanten Risiken,
- die Ableitung von Handlungsvorschlägen zur Steuerung der wesentlichen Risiken,
- die Realisierung eines permanenten Prozesses zur Kontrolle und Weiterentwicklung der angewandten Modelle, Methoden und Prozesse zur Risikoquantifizierung, -überwachung und -steuerung sowie
- die Umsetzung einheitlicher Risikocontrollingstandards entsprechend den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen.

Die Risikosteuerung wird innerhalb der genehmigten Limite und Kompetenzstufen vom Vorstand und von den operativen Einheiten wahrgenommen.

Die Darstellung der Gesamtbankrisikosituation gegenüber dem Vorstand und dem Aufsichtsorgan der IBB erfolgt quartalsweise in Form eines umfassenden Risikoberichtes, der einen Überblick über sämtliche Risiken der Bank gibt. Dabei werden insbesondere Aussagen zur aktuellen Risikotragfähigkeitsrechnung und zur Auslastung der jeweiligen Risikolimite getroffen.

Die Risikostrategie wird mindestens einmal jährlich überprüft, in Abstimmung zur Geschäftsstrategie sowie zur operativen und Mittelfristplanung der Bank aktualisiert und im Intranet der IBB veröffentlicht.

6.2 Arten von Risiken

Die grundsätzlichen Risiken, denen der IBB Konzern ausgesetzt ist, sind banktypische Risiken sowie die Risiken aus allgemeiner unternehmerischer Tätigkeit. Im Risikocontrolling unterscheidet die IBB zwischen den Risikoarten:

- Adressrisiko , inklusive Länderrisiko
- Spreadrisiko, inklusive Länderrisiko
- Marktpreisrisiko
- Operationelles Risiko
- Liquiditätsrisiko
- Beteiligungsrisiko

Die eingegangenen Risiken werden auf der Ebene der Gesamtbank erfasst, unabhängig davon, in welcher Organisationseinheit die Risiken verursacht wurden, und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Bank durch ein abgestimmtes System von Risikolimiten und organisatorischen Maßnahmen begrenzt. Vom Risikomanagement nicht erfasst sind lediglich Geschäfts-, Reputations-, Ertrags- und Modellrisiken.

6.3 Art und Umfang der Risikoberichterstattung

Die Art, der Inhalt (Umfang) und die Frequenz der Risikoberichte orientieren sich an den Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Inhalte der Risikoberichte sind neben der Darstellung und Beurteilung der aktuellen Risikosituation (Risikoprofil) die Auslastung der risikoartenspezifischen Risikolimits, wesentliche risikorelevante Aspekte des operativen Geschäfts, Annahmen und Ergebnisse der Stresstests sowie gegebenenfalls die Ableitung von Handlungsvorschlägen.

Durch das Risiko-Controlling werden turnusmäßig die nachfolgend dargestellten Risikoberichte erstellt.

Tabelle 11: Art, Inhalt und Frequenz der Risikoberichte

Bericht (Turnus)	Wesentliche Inhalte	Empfänger
Risikobericht zur Handelsüberwachung nach MaRisk (wöchentlich)	<ul style="list-style-type: none"> • Bewertungsergebnis, Risikoergebnis für Marktpreisrisiken 	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstand, Bereichs- und Abteilungsleiter Treasury
Risikobericht (monatlich)	<ul style="list-style-type: none"> • Risikotragfähigkeitsrechnung und Entwicklung in allen wesentlichen Risikoarten • Ergebnisse von Stresstests • Risikobeurteilung und Handlungsempfehlungen • Aufsichtsrechtliche Kennzahlen 	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstand • Generalbevollmächtigte • Bereichsleitungen
Risikobericht (vierteljährlich)	<p>Zusätzlich zum monatlichen Risikobericht:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Modelrevisionen • Risikofrüherkennung • Szenarioanalysen • Risikokonzentrationen • Neue Produkte und Neugeschäft • Engagementdarstellungen (Kreditbericht) 	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstand • Generalbevollmächtigte • Bereichsleitungen • Risiko- und Prüfungsausschuss/ Verwaltungsrat
Bericht Operationelles Risiko (jährlich)	<ul style="list-style-type: none"> • Ergebnisse der qualitativen und quantitativen Risikoinventur • Risikobeurteilung und Handlungsempfehlungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstand • Generalbevollmächtigte

6.4 Risikotragfähigkeit

Die MaRisk fordern, dass die wesentlichen Risiken der Bank durch das Risikodeckungspotenzial fortlaufend abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist mit dem Ziel einer dem spezifischen Risikoprofil der Bank angepassten Risiko- und Kapitalsteuerung.

Zur fortlaufenden Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wurden entsprechend der beabsichtigten Kapitalallokation der IBB Risikolimits für die Verlustrisiken festgelegt. Das Limitsystem ist dabei so gestaltet, dass durch das Einhalten der wertorientierten Risikolimits auch die regulatorischen Anforderungen eingehalten werden. Alle das Risikoprofil der Bank betreffenden Entscheidungen oder Festlegungen orientieren sich an der Risikotragfähigkeit der IBB.

6.4.1 Wertorientierte Risikotragfähigkeit

Die Bestimmung der Risikotragfähigkeit erfolgt in der IBB in wertorientierter (ökonomischer) Sichtweise unter Berücksichtigung der regulatorischen Eigenkapitalausstattung. Dazu werden monatlich die Verlustrisiken der wesentlichen Risikoarten grundsätzlich auf einem einheitlichen Konfidenzniveau von 99 % mit einem Risikohorizont von einem Jahr gemessen und dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt.

Sonstige Risiken fließen pauschal in die Risikotragfähigkeit ein. Dabei umfassen die sonstigen Risiken das Spektrum aller Risiken, die keiner anderen wesentlichen oder nicht wesentlichen Risikoart zugeordnet werden können und bei denen modellgestützte Bestimmungen der Verlustpotenziale, denen die IBB im Geschäftsbetrieb ausgesetzt ist, nur mit großer Unsicherheit möglich sind. Ursachen liegen dabei unter anderem in fehlenden, empirisch nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand bestimmbar Modellparametern zur Quantifizierung des Verlustpotenzials.

Risikomindernde Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten werden nicht berücksichtigt. Ziel ist die Sicherstellung eines langfristigen Going-Concern der Bank.

Als Stressszenario wird die wertorientierte Risikotragfähigkeit darüber hinaus in einer Liquidationssicht auf einem Konfidenzniveau von 99,9 % betrachtet. Zusätzlich wird quartalsweise eine GuV-orientierte Going-Concern-Risikotragfähigkeit auf einem Konfidenzniveau von 99 % berechnet. Die Einhaltung dieser Sichtweise stellt eine strenge Nebenbedingung dar.

Im Berichtsjahr wurden folgende wesentlichen Änderungen im Risikomanagementsystem vorgenommen:

- Wechsel der Datenbasis zur Schätzung von Branchenkorrelationen für das Adressrisikomodell (Ausfallzeitreihen statt Aktienkurszeitreihen) und trennschärfere Einteilung der Branchen
- Umstellung der Berücksichtigung von Pensionsverpflichtungen bei der Ermittlung des Risikodeckungspotenzials von HGB auf IFRS-Rückstellung. Einbeziehung der Zahlungsströme aus Pensionsverpflichtungen in die Messung des Marktpreisrisikos
- Wechsel bei Ermittlung der Abschläge für gesetzliche Kündigungsrechte bei Darlehen von Expertenschätzung auf Bewertung mit Hilfe eines marktkonformen Optionspreismodells
- Verzicht auf Spiegelung der Marktdatenveränderungen im VaR-Modell zur Quantifizierung des Marktpreisrisikos
- Änderung der Bewertungsbasis für besicherte Swaps in der Risikomessung von EURIBOR-3-Monats-Swap bzw. EURIBOR-6-Monats-Swap auf EONIA-Swapkurve
- Umstellung der risikolosen Zinsstrukturkurve von Swap-6-Monate auf die EONIA-Swapkurve

Zum 31.12.2016 betrug die Auslastung des Risikodeckungspotenzials 43,9 % und sank im Vergleich zum Vorjahr um 8,9 Prozentpunkte. Die Entlastung der Risikokennzahlen ist auf verschiedene, teilweise gegenläufige marktinduzierte Effekte, Bestandsänderungen sowie auf die Modelländerungen zurückzuführen.

Die wertorientierte Risikotragfähigkeit war im Geschäftsjahr 2016 zu jedem Zeitpunkt gegeben.

Tabelle 12: Wertorientierte Risikotragfähigkeit der Investitionsbank Berlin, in Mio. EUR

	31.12.2016		31.12.2015	
Risikodeckungspotenzial - Limit	647,4	100%	844,9	100%
Adressenausfallrisiko	99,4		269,6	
<i>davon Kreditrisiko</i>	75,7		189,8	
<i>davon Emittenten- und Kontrahentenrisiko</i>	61,1		82,4	
Spreadrisiko	71,3		79,7	
Beteiligungsrisiko	27,5		26,0	
Marktpreisrisiko	49,1		38,3	
Operationales Risiko	28,3		24,5	
Liquiditätsrisiko	0,4		0,0	
Sonstige Risiken	8,0		8,0	
Gesamtbankrisiko	284,0	43,9%	446,3	52,8%

Um das Risikoprofil der Bank auch in Stresssituationen beurteilen zu können, wird außer den Verfahren zur Bestimmung der Verlustrisiken unter normalen Marktbedingungen regelmäßig ein breites Spektrum an Stress- und Szenarioanalysen inklusive eines Gone-Concern-Szenarios für alle wesentlichen Risiken und Risikoarten durchgeführt. Über die Ergebnisse wird quartalsweise im Rahmen des Risikoberichtes berichtet. Zusätzlich werden ggf. anlassbezogenen Stresstests durchgeführt. Es werden außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse in geeigneten historischen, hypothetischen und inversen Szenarien abgebildet.

7 Adressenausfallrisiko

Unter dem Adressrisiko versteht die IBB das Risiko von Verlusten aufgrund unerwarteter Ausfälle oder unerwarteter Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern.

Im Rahmen der jährlichen Validierung werden die Angemessenheit des Risikomodells, die Portfoliodaten, die Parameter sowie die Kalkulationseinstellungen überprüft. Im Berichtsjahr 2016 wurden aus der Validierung keine Maßnahmen abgeleitet.

7.1 Adressenausfallrisiko

Der operative Handlungsrahmen des Kreditportfolio-Managements umfasst außer der unterjährigen Überwachung der Entwicklung der Kreditportfolioqualität auch das Monitoring der wesentlichen Einzelkreditnehmer bzw. der portfoliostrukturbezogenen Risikotreiber. Die Quantifizierung und Überwachung des Verlustpotenzials aus Adressrisiken erfolgt über die Risikokennzahl Credit Value at Risk (CVaR) mit einem 99 %-Konfidenzniveau bei einem Risikohorizont von einem Jahr.

Ein zentraler Bestandteil des Risikomanagements für Adressrisiken in der IBB ist der Einsatz eines Limitsystems, das ein ungewolltes bzw. unkontrolliertes Anwachsen der Verlustrisiken verhindern soll. Die zentrale Limitüberwachung auf Portfolioebene erfolgt durch das Risikocontrolling. Darüber hinaus werden Limite für Global- und Einzelgeschäfte vom Vorstand beschlossen. Die Einhaltung der Limite wird durch den Bereich Kreditbetreuung untertägig überwacht.

Die IBB hat zu zentralen Fragestellungen des Kreditportfolios ein Risikokomitee (alt: Kreditkomitee) eingerichtet, das sich schwerpunktmäßig mit allen Adressrisikofragen rund um die verschiedenen Kreditportfolien beschäftigt. Außerdem werden u. a. im Rahmen der Risikoberichterstattung alle Risikoarten adressiert, so dass ein vollumfängliches Bild der aktuellen Risikosituation jederzeit gewährleistet ist.

Die IBB nutzt in nennenswertem Umfang Sicherheiten, insbesondere öffentliche Bürgschaften sowie Realsicherheiten, zur Minderung ihrer Adressrisiken. Im Rahmen des Kreditgeschäftes bestehen überwiegend Sicherheiten in Form von öffentlichen Bürgschaften und Grundpfandrechten. Diese Sicherheiten dürfen nur bei Zahlungsverzug verwertet werden. Weitere Sicherheiten in Form von Bar- und Wertpapiersicherheiten treten überwiegend im Wertpapierpensions- und Derivategeschäft auf.

7.2 Kreditrisiko

Im Fokus des Kreditgeschäftes der IBB steht, entsprechend ihrem Förderauftrag, die Region Berlin. Die Kreditrisiken der Bank resultieren im Wesentlichen aus den Geschäftsfeldern Immobilienförderung und Wirtschaftsförderung.

Aus den öffentlich verbürgten Förderdarlehen und den Krediten nicht im Risiko der IBB (z. B. Landesmittel) entstehen für die IBB lediglich unwesentliche Adressrisiken aufgrund von Provisions- oder Gebührenzahlungen. Diese sind dennoch Gegenstand des Kreditrisikomanagement-Prozesses.

7.3 Emittenten- und Kontrahentenrisiko

Emittenten- und Kontrahentenrisiken des IBB-Portfolios resultieren aus den Geld- und Kapitalmarkt-Engagements des Banksteuerungs- und Treasuryportfolios. Die Engagements werden ausschließlich in klassischen Instrumenten, wie beispielsweise Termingeldern, Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, getätigt. Derivative Produkte in Form von Zinsswaps dienen zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos. Strukturierte Kreditprodukte sind nicht Bestandteil des Portfolios.

7.4 Ratingverfahren

7.4.1 Ratingverfahren - internes Rating

Zum Kreditportfolio der IBB zählen überwiegend Kunden, die nicht über ein externes Rating einer internationalen Ratingagentur verfügen. Vor diesem Hintergrund werden Risikomanagement und Risikosteuerung von Adressenausfallrisiken auf interne Ratingverfahren abgestellt. Zur internen Bonitätsbewertung setzt die IBB die Verfahren:

- Sparkassen-Immobiliengeschäftsrating (im Folgenden Immobiliengeschäftsrating) im Wesentlichen im Segment des Mietwohnungsbaus,
- das Sparkassen-Standardrating (im Folgenden Standardrating) überwiegend für das Segment der Wirtschaftsförderung sowie
- das LB-Rating in den Segmenten Corporates, Banken, Versicherungen, Internationale Gebietskörperschaften und Länder- und Transferrisiko ein.

Für die Kunden des Segments "Eigentumsmaßnahmen" wurde ein maschinelles Scoringverfahren entwickelt.

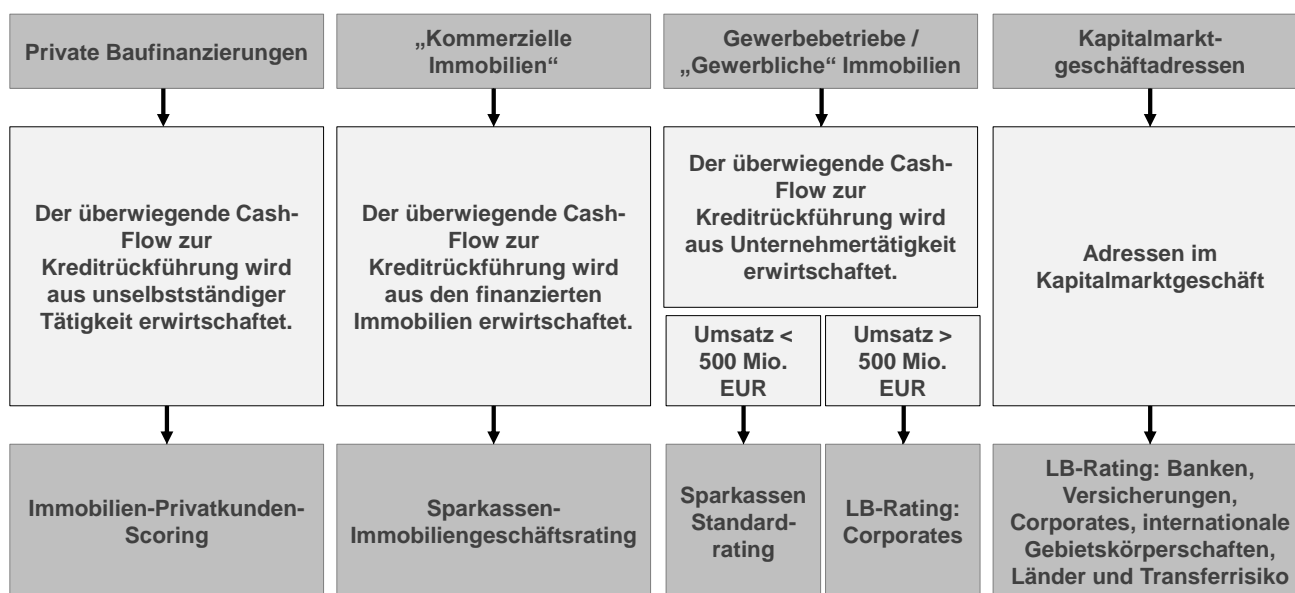


Abbildung 1: Interne Ratingverfahren in der IBB

Ratinganlässe

Jede Entscheidung über ein risikorelevantes Engagement ist mit einem aktuellen Rating zu unterlegen. Hierbei sind sämtliche Kreditnehmer einer risikorelevanten Kreditnehmereinheit nach § 19 KWG einzeln zu beurteilen. Das Rating ist elementarer Bestandteil des Kreditbeschlusses und der vollumfänglichen Prüfung eines Kreditengagements. Ein Rating ist aktuell, wenn die Raterstellung nicht länger als zwölf Monate zurückliegt. Das Rating ist somit einmal jährlich und/oder anlassbezogen durchzuführen, beispielsweise beim Vorliegen außergewöhnlicher unterjähriger Finanzinformationen.

Nicht risikorelevantes Kreditgeschäft

Die IBB hat von der Möglichkeit nach den MaRisk Gebrauch gemacht, bestimmte Kreditpositionen als nicht risikorelevant einzustufen und in diesem Zusammenhang von der individuellen Ratingpflicht auszunehmen. Hierbei handelt es sich um folgende Positionen:

- alle Kunden des Segments Immobilien-Privatkunden (Mengengeschäft)
- Personal- und Realkredite insgesamt bis 0,75 Mio. EUR eines Kreditnehmers im Sinne des § 19 Abs. 2 KWG (Kreditnehmereinheit)
- durch das Land Berlin vertraglich gesichertes/landesverbürgtes Kreditgeschäft bis 3 Mio. EUR eines Kreditnehmers im Sinne des § 19 Abs. 2 KWG (Kreditnehmereinheit)
- im Bereich Wirtschaftsförderung Personal- und Realkredite insgesamt bis 0,1 Mio. EUR

Immobilien-Privatkunden-Scoring

Für die Risikoklassifizierung der Kunden des Segments Eigentumsmaßnahmen wurde mit dem Dienstleister INFORMA Unternehmensberatung GmbH eine Scorecard entwickelt, mit der auf Basis von internen und externen Daten maschinell eine Risikoklassifizierung der Kreditnehmer des Kundensegments vorgenommen wird. Die Bewertung wird zweimal jährlich durchgeführt.

Validierung der Ratingverfahren

Neben der Validierung der Ratingmodelle durch die externen Dienstleister INFORMA Unternehmensberatung GmbH, S-Rating und Risikosysteme GmbH und RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG führt die Bank jährlich interne Validierungen der einzelnen Ratingverfahren durch.

Die interne Validierung befasst sich mit der Würdigung der Ergebnisse der externen Validierungen sowie mit der Durchführung von qualitativen und quantitativen Validierungshandlungen. Unter anderem wird die Repräsentativität der in der IBB eingesetzten Modelle untersucht, indem die Kalibrierung, die Trennschärfe und die Datenstruktur überprüft werden. Es wird bei Verfügbarkeit institutseigener Daten geprüft, ob die prognostizierten Ausfallwahrscheinlichkeiten je Ratingklasse den empirischen Ausfallraten im relevanten IBB-Portfolio innerhalb bestimmter Toleranzgrenzen entsprechen. Eine qualitative Argumentation hinsichtlich der Repräsentativität ist notwendig bei einer geringen institutseigenen Datenmenge.

Des Weiteren wird der Risikoklassifizierungsprozess auf Eignung und Einhaltung hin überprüft. Die Ergebnisse der internen Validierung sowie die potenziellen Auswirkungen systematischer Fehlschätzungen der Ratingmodelle auf das quantifizierte Risiko und die Risikotragfähigkeit der IBB werden im internen Validierungsbericht zusammenfassend dargestellt.

Masterskala

Alle Ergebnisse der internen Ratings und des Scoringverfahrens werden auf einer einheitlichen Masterskala (DSGV-Masterskala) abgebildet, die jedem Rating- oder Scoringwert eine Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet.

Banken-, Versicherungs- und Länder- sowie Corporate-Ratings

Für die Geschäftspartner des Kapitalmarktgeschäfts setzt die IBB seit 01.07.2015 die Ratingverfahren der RSU Rating Service Unit GmbH & Co (LB-Rating) ein. Darüber hinaus wurden für eine Übergangszeit bis zum 30.06.2016 zur Plausibilisierung die benötigten Banken-, Versicherungs- und Länder- sowie Corporate-Ratings von einem Geschäftsbesorger bezogen, dessen Bewertungsergebnisse ebenfalls aus den Verfahren der RSU Rating Service Unit GmbH & Co stammen und auf die DSGV-Masterskala kalibriert sind. Steuerungs- und Managementimpulse werden in diesem Segment außerdem aus der Beobachtung der Ratingwerte der internationalen Ratingagenturen gewonnen.

7.4.2 Ratingverfahren - externes Rating

Zur Berechnung der Eigenmittelanforderungen für das Adressenausfallrisiko verwendet die IBB die von der Aufsicht für den Standardansatz vorgegebenen Risikogewichte gemäß Art. 113 i. V. m. Teil 3, Titel II, Abschnitt 2 CRR. Der Wert des Risikogewichts richtet sich dabei grundsätzlich nach der Art der Forderung, der Bonitätsbeurteilung der Forderung bzw. des Geschäftspartners und den eingesetzten Arten von Kreditrisikominderungstechniken. Im Kreditrisikostandardansatz sind dabei nur vorliegende externe Geschäftspartner-, Emissions- und Länderbonitätsbeurteilungen relevant.

Die IBB verwendet seit 2008 im Zusammenhang mit der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbemessung externe Ratings von Standard & Poor's (S&P). Die Benennung der Agentur wurde mit Einführung der CRR gegenüber der deutschen Aufsicht erneuert und an die Anforderungen des Art. 138 CRR angepasst. Die von der IBB verwendeten externen Bonitätsbeurteilungen erfüllen die Anforderungen gemäß Teil 3, Titel II, Abschnitt 3 CRR. Die entsprechenden Risikopositionsklassen für die aufsichtsrechtlich zugelassenen Bonitätsbeurteilungen sind in der in der folgenden Tabelle dargestellt.

Tabelle 13: Bonitätsbeurteilung der Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) nach Ratingklassen

Ratingklasse bei S&P	Zugeordnete Risikopositionsklasse gemäß Art. 112 CRR
Governments	Zentralstaaten oder Zentralbanken gemäß Art. 112 a) CRR
Financial Institutions	Multilaterale Entwicklungsbanken gemäß Art. 112 d) CRR Institute gemäß Art. 112 f) CRR Gedekte Schuldverschreibungen gemäß Art. 112 l) CRR teilweise Unternehmen gemäß Art. 112 g) CRR ⁶

⁶ Bei S&P der Ratingklasse Financial Institutions zugeordnete Risikopositionen, welche gemäß Art. 122 CRR der Risikopositionsklasse Unternehmen zugeordnet werden.

Die Übertragung der Bonitätsbeurteilungen von Emittenten und Emissionen auf Forderungen, die nicht Teil des Handelsbuchs sind, wird von der IBB gemäß Art. 139 wie folgt angewandt:

- Grundsätzlich wird jedem Wertpapiergeschäft die Bonitätsbeurteilung der Emission bzw. des Emissionsprogramms zugeordnet und daraus das entsprechende Risikogewicht abgeleitet.
- Ist ein solches Rating der benannten Agentur nicht verfügbar, wird auf ein vorhandenes Emittentenrating abgestellt. Dieses basiert auf vorrangig unbesicherten Risikopositionen des Emittenten und führt daher i.d.R. zur Ableitung eines gleichen oder höheren Risikogewichts.
- Davon bleibt gemäß Art. 139 Abs. 3 CRR die Anwendung des Art. 129 CRR unberührt. Für Risikopositionen in Form gedeckter Schuldverschreibungen findet gemäß Art. 129 Abs. 5 CRR eine Übertragung von Bonitätsbeurteilungen von unbesicherten Risikopositionen statt, wenn selbst keine Bonitätsbeurteilung für die gedeckten Schuldverschreibungen gemäß Abs. 4 des Art. 129 CRR vorliegt.

7.5 Quantitative Angaben zu Adressenausfallrisiken

Die folgenden Übersichten zu den Risikopositionswerten der Adressenausfallrisiken setzen sich aus bilanziellen, außerbilanziellen und derivativen Geschäften zusammen.

In Bezug auf die bilanziellen Geschäfte werden die jeweiligen IFRS-Buchwerte auf Grundlage der Konzernrechnungslegung zuzüglich anteiliger Zinsen ausgewiesen. Alle Werte sind um bestehende individuelle Risikovorsorge gemindert.

Unter außerbilanziellen Geschäften werden abgegebene Kreditzusagen, Bürgschaften und Garantien sowie Wertpapierpensionsgeschäfte dargestellt. Die derivativen Instrumente werden mit ihren Kreditäquivalenzbeträgen nach der Marktbewertungsmethode unter Berücksichtigung von individuellen Aufrechnungsvereinbarungen und Sicherheitenstellungen ausgewiesen.

Der Gesamtbetrag der Risikopositionen zum 31.12.2016 in Höhe von 20,4 Mrd. EUR setzt sich aus den bilanziellen Forderungen der IBB-Gruppe in Höhe von 18,2 Mrd. EUR, Kreditzusagen und abgegebenen Bürgschaften/Garantien in Höhe von 1,3 Mrd. EUR, Wertpapierpensionsgeschäften in Höhe von 0,6 Mrd. EUR und derivativen Geschäften in Höhe von 0,3 Mrd. EUR zusammen.

Die Entwicklung der Risikopositionen in den Risikopositionsklassen sowie der Durchschnittsbetrag für das Geschäftsjahr 2016 stellen sich wie folgt dar.

Tabelle 14: Gesamtbetrag der Risikopositionen nach Risikopositionsklassen, in Mio. EUR

Risikopositionswerte	31.03.2016	30.06.2016	30.09.2016	31.12.2016	Ø 2016
Zentralstaaten/ Zentralbanken	575,1	641,5	555,8	552,3	581,2
Regionale/ lokale Gebietskörperschaften	927,7	758,6	786,8	749,6	805,7
Öffentliche Stellen	429,2	445,8	410,5	406,2	422,9
Multilaterale Entwicklungsbanken	86,6	84,3	84,3	84,1	84,8
Internationale Organisationen	134,2	134,1	134,0	133,5	134,0
Institute	4.696,6	4.798,4	4.754,8	4.628,1	4.719,5
Unternehmen	8.255,5	8.171,7	8.700,7	8.562,7	8.422,7
Mengengeschäft	439,8	420,3	402,6	400,1	415,7
Immobilien besicherte Positionen	3.143,4	3.127,4	3.158,4	3.186,7	3.154,0
Ausgefallene Risikopositionen	1.122,8	1.031,1	854,2	704,6	928,2
Gedekte Schuldverschreibungen	852,0	814,0	819,0	862,1	836,8
Beteiligungen	91,6	98,4	94,6	94,7	94,8
Sonstige Positionen	58,9	61,0	54,5	56,4	57,7
Gesamt	20.813,4	20.586,6	20.810,2	20.421,1	20.657,8

Die folgende Tabelle stellt die Adressenausfallrisiken der IBB-Gruppe je Risikopositionsklasse aufgeteilt nach ihrer geografischen Zuordnung in den für die IBB-Gruppe wichtigsten Regionen am 31.12.2016 dar.

Tabelle 15: Adressenausfallrisiken je Risikoposition nach Regionen, in Mio. EUR

Risikopositionsklasse	Region				
	Deutschland	Euro-Raum	Europäische Union	Rest-Europa	Andere Regionen
Zentralstaaten/ Zentralbanken	26,7	465,5	60,1	-	-
Regionale/ lokale Gebietskörperschaften	749,6	-	-	-	-
Öffentliche Stellen	328,9	66,2	11,1	-	-
Multilaterale Entwicklungsbanken	-	-	-	-	84,1
Internationale Organisationen	-	-	-	-	133,5
Institute	1.821,5	1.505,1	690,3	348,0	263,2
Unternehmen	8.423,6	96,7	20,3	2,0	20,1
Mengengeschäft	399,1	0,7	0,0	0,1	0,2
Immobilien besicherte Positionen	3.137,1	48,7	0,1	0,6	0,2
Ausgefallene Risikopositionen	704,5	0,0	0,1	0,0	0,0
Gedekte Schuldverschreibungen	256,4	365,9	209,7	30,1	-
Beteiligungen	94,7	-	-	-	-
Sonstige Positionen	56,4	-	-	-	-
Gesamt	15.998,5	2.548,8	991,7	380,8	501,3

Der Beitrag von Geschäftspartnern aus dem Ausland zu den Adressenausfallrisiken des Förderkreditportfolios ist von untergeordneter Bedeutung. Dagegen sind im Geld- und Kapitalmarktportfolio mehr als die Hälfte der Forderungen ausländischen Ursprungs.

Die folgende Tabelle zeigt die Adressenausfallrisiken am 31.12.2016 aufgeteilt nach ihrer Zuordnung in die für die IBB-Gruppe relevanten Hauptbranchen.

Tabelle 16: Adressenausfallrisiken je Risikoposition nach Branchen, in Mio. EUR

Risikopositionsklasse	Branchenkategorie			
	Grundstücks- und Wohnungswesen	Banken	Privatpersonen und Unternehmen	Öffentliche Haushalte
Zentralstaaten/ Zentralbanken	-	26,7	-	525,7
Regionale/ lokale Gebietskörperschaften	-	-	-	749,6
Öffentliche Stellen	-	220,4	90,7	95,0
Multilaterale Entwicklungsbanken	-	84,1	-	-
Internationale Organisationen	-	-	133,5	-
Institute	-	4.628,1	-	-
Unternehmen	4.946,3	-	3.541,8	74,6
<i>darunter KMU</i>	-	-	39,5	-
Mengengeschäft	3,3	-	396,8	-
<i>darunter KMU</i>	0,6	-	19,6	-
Immobilien besicherte Positionen	2.828,0	-	358,7	-
<i>darunter KMU</i>	-	-	0,8	-
Ausgefallene Risikopositionen	587,2	-	117,3	-
<i>darunter KMU</i>	-	-	3,6	-
Gedekte Schuldverschreibungen	-	862,2	-	-
Beteiligungen	-	-	94,7	-
Sonstige Positionen	-	-	56,4 ⁷	-
Gesamt	8.364,8	5.821,5	4.789,9	1.444,9

Der überdurchschnittlich hohe Anteil der Risiken in der Branche Grundstücks- und Wohnungswesen sowie die Konzentration auf Deutschland sind vor allem förderspezifisch sowie Ausdruck des Regionalbankencharakters der IBB-Gruppe. Dem Konzentrationsrisiko ist ein eigenes Kapitel in diesem Bericht gewidmet.

⁷ Sonstige Positionen werden der Branchenkategorie Privatpersonen und Unternehmen zugeordnet. Hierbei handelt es sich überwiegend um Sachanlagen in Form von Grundstücken, Gebäuden, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Rechnungsabgrenzungsposten.

Die folgende Tabelle zeigt die Restlaufzeiten der Adressenausfallrisiken zum Berichtsstichtag.

Tabelle 17: Adressenausfallrisiken je Risikoposition nach Restlaufzeiten⁸, in Mio. EUR

Risikopositionsklasse	Restlaufzeit		
	Kleiner ein Jahr	Ein Jahr bis kleiner fünf Jahre	Größer fünf Jahre oder unbefristet
Zentralstaaten/ Zentralbanken	83,3	462,1	7,0
Regionale/ lokale Gebietskörperschaften	223,8	344,9	180,9
Öffentliche Stellen	55,1	250,0	101,0
Multilaterale Entwicklungsbanken	-	84,1	-
Internationale Organisationen	30,4	103,1	-
Institute	2.437,4	1.652,0	538,7
Unternehmen	292,5	847,0	7.423,2
Mengengeschäft	2,4	19,0	378,7
Immobilien besicherte Positionen	48,0	132,7	3.006,0
Ausgefallene Risikopositionen	134,8	3,5	566,2
Gedekte Schuldverschreibungen	135,0	564,0	163,2
Beteiligungen	-	-	94,7
Sonstige Positionen	5,5	-	50,9
Gesamt	3.448,2	4.462,4	12.510,5

In der Laufzeitstruktur spiegelt sich der geschäftliche Schwerpunkt der Vergangenheit, die langfristige Immobilienfinanzierung, deutlich wider. Der überwiegende Anteil des Kreditgeschäfts hat eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren. Im ersten Laufzeitband werden insbesondere überfällige Forderungen sowie die am Kapitalmarkt getätigten Tages- und Termingelder ausgewiesen.

7.6 Kreditrisikominderungstechniken

7.6.1 Grundzüge der Besicherung von Kreditrisiken

Zur Reduzierung ihrer Risiken im Kreditgeschäft nutzt die IBB die Möglichkeit zur Besicherung ihrer Forderungen. Neben der Verlagerung des Risikos durch Bürgschaften/Garantien und vergleichbare Erklärungen der öffentlichen Hand, insbesondere des Landes Berlin, des Bundes sowie von Banken, stellt die grundpfandrechtliche Beleihung von Wohnimmobilien ein für die IBB maßgebliches Sicherungsinstrument dar.

Die Bewertung der Sicherungsobjekte erfolgt nach dem Beleihungswertermittlungsverfahren auf der Grundlage des Pfandbriefgesetzes und der Beleihungswertermittlungsverordnung. Für selbst genutzte Wohnobjekte des Teilportfolios Eigentumsmaßnahmen sowie im Kleindarlehenbereich wird alternativ ein vereinfachtes Bewertungsverfahren angewandt. In der Folge bleiben die grundpfandrechtlich gesicherten Kreditforderungen von einer möglichen aufsichtsrechtlichen Realkreditprivilegierung ausgeschlossen.

Eine Wertüberprüfung der Sicherungsobjekte wird beim Auftreten kreditnehmer- oder vertragsbezogener Anlässe durchgeführt. Eine turnusmäßige Wertüberwachung der Beleihungsobjekte erfolgt im jährlichen Rhythmus durch eigene Auswertungen und Beobachtungen sowie mit Hilfe einer statistischen Methode (Marktschwankungskonzept). Werden wesentliche Marktschwankungen festgestellt, erfolgt eine Überprüfung der jeweiligen Wertansätze des Objekts. Eine wesentliche Marktschwankung liegt vor, wenn sich die Marktpreise innerhalb eines Zeitraums von bis zu drei Jahren um mindestens 20% (bei Wohnimmobilien) bzw. 10% (bei Gewerbeimmobilien) reduzieren. Handelt es sich um ein Gewerbeobjekt oder dient das Objekt als Sicherheit für Kreditforderungen von 3 Mio. EUR oder mehr, wird neben der jährlichen Wertüberwachung alle 3 Jahre eine Überprüfung der jeweiligen Wertansätze des Objekts veranlasst.

Bei Problemkreditengagements oder wertberichtigten Engagements erfolgt diese Überprüfung unabhängig von der Höhe der besicherten Kreditforderung im zwei- bzw. einjährigen Rhythmus. Die Durchführung einer Wertüberprüfung obliegt einem Immobiliengutachter bzw. bei Objekten im Teilportfolio Eigentumsmaßnahmen/ Kleindarlehenbereich dem Fachbereich.

⁸ Bei Forderungen mit Ratenzahlungen erfolgt keine Verteilung der einzelnen Raten auf die Laufzeitbänder. Der Gesamtbetrag der Forderung wird entsprechend der Fälligkeit zugeordnet.

Alle anderen banküblichen Sicherungsformen, wie Abtretungen und Verpfändungen von Guthaben, Wertpapieren und anderen Forderungen, Sicherungsübereignungen von Waren und sonstigen beweglichen Sachen sowie Bürgschaften und Garantien anderer Sicherungsgeber werden, sofern dies im jeweiligen Einzelfall geboten erscheint, mit dem Kreditnehmer vereinbart, haben jedoch für die Reduzierung des Kreditrisikos der IBB insgesamt derzeit faktisch keine Bedeutung. Falls für diese Sicherheiten eine Bewertung vorgenommen wurde, wird mindestens einmal jährlich im Rahmen der Engagementprüfung unter Beachtung der definierten Beleihungsgrenzen geprüft. Im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbemessung finden momentan ausschließlich Bürgschaften und Garantien institutioneller Bürgen Berücksichtigung, sofern die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen im jeweiligen Einzelfall erfüllt sind.

Im Kapitalmarktgeschäft werden die im Rahmen des Repo-/Reverserepogeschäfts erhaltenen Wertpapiere als Sicherheiten berücksichtigt und einer täglichen Bewertung unterzogen. Dabei ist das akzeptierte Spektrum an Emittenten auf Geschäftspartner beschränkt, denen grundsätzlich ein Kontrahenten-/ Emittentenlimit eingeräumt ist bzw. werden könnte. Die Bewertungsmethoden und -verfahren sind verbindlich in den jeweiligen Handbüchern fixiert. Durch den Einsatz von Vordrucken des Deutschen Sparkassenverlages und des Bank Verlages wird ein hohes Maß an Standardisierung sowie rechtlicher Aktualität und Sicherheit der getroffenen Sicherungsvereinbarungen gewährleistet.

Bezogen auf das derivative Geschäft wendet die IBB bilaterale Aufrechnungsvereinbarungen (Netting-Vereinbarungen) an. Auch hier wird durch die Verwendung standardisierter Verträge (Deutscher Rahmenvertrag) ein Höchstmaß an rechtlicher Sicherheit angestrebt. Darüber hinaus werden zusätzlich individuelle Besicherungsvereinbarungen mit einzelnen Kontrahenten vereinbart.

Aufrechnungsvereinbarungen für bilanzielle Adressenausfallrisikopositionen kommen in der IBB nicht zum Einsatz.

7.6.2 Quantitative Angaben zur Kreditrisikominderung

Der Risikopositionswert nach Art. 111 CRR beschreibt die Höhe des ausfallgefährdeten Betrags und bildet die Grundlage zur Bestimmung der risikogewichteten Positionsbeträge sowie der Eigenkapitalunterlegung.

Die folgenden Tabellen zeigen die quantitativen Auswirkungen der Kreditrisikominderung auf den Risikopositionswert im Standardansatz zum 31.12.2016.

Tabelle 18: Risikopositionsklassen vor Kreditrisikominderung, in Mio. EUR

Risikopositionsklasse	Risikogewichte										Gesamt
	0%	2%	10%	20%	35%	50%	75%	100%	150%	Kapital-abzug	
Zentralstaaten/ Zentralbanken	552,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	552,4
Regionale/ lokale Gebiets-körperschaften	714,7	-	-	34,9	-	-	-	-	-	-	749,6
Öffentliche Stellen	323,7	-	-	82,4	-	-	-	-	-	-	406,1
Multilaterale Entwicklungsbanken	84,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	84,1
Internationale Organisationen	133,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	133,5
Institute	12,0	13,2	-	2.602,7	-	1.965,6	-	-	-	-	4593,5
Unternehmen	-	-	-	23,4	-	29,8	-	7.771,3	-	-	7.824,5
Mengengeschäft	-	-	-	-	-	-	393,6	-	-	-	393,6
Immobilien besicherte Positionen	-	-	-	-	3.177,7	-	-	-	-	-	3.177,7
Ausgefallene Risikopositionen	-	-	-	-	-	-	-	119,0	584,8	-	703,8
Gedeckte Schuldverschreibungen	-	-	636,4	225,7	-	-	-	-	-	-	862,1
Beteiligungen	-	-	-	-	-	-	-	94,7	-	2,9	97,6
Sonstige Positionen	-	-	-	-	-	-	-	56,4	-	-	56,4
Summe	1.820,4	13,2	636,4	2.969,1	3.177,7	1.995,4	393,6	8.041,4	584,8	2,9	19.634,9

Tabelle 19: Risikopositionsklassen nach Kreditrisikominderung, in Mio. EUR

Risikopositionsklasse	Risikogewichte										Gesamt
	0%	2%	10%	20%	35%	50%	75%	100%	150%	Kapital-abzug	
Zentralstaaten/ Zentralbanken	649,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	649,9
Regionale/ lokale Gebiets-körperschaften	7.412,7	-	-	3,6	-	-	-	-	-	-	7.416,3
Öffentliche Stellen	323,2	-	-	49,2	-	-	-	-	-	-	372,4
Multilaterale Entwicklungsbanken	84,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	84,3
Internationale Organisationen	133,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	133,5
Institute	12,0	9,2	-	2.046,5	-	1.783,5	-	-	-	-	3851,2
Unternehmen	-	-	-	5,6	-	20,5	-	1.730,9	-	-	1.757,0
Mengengeschäft	-	-	-	-	-	-	284,9	-	-	-	284,9
Immobilien besicherte Positionen	-	-	-	-	3.177,7	-	-	-	-	-	3.177,7
Ausgefallene Risikopositionen	-	-	-	-	-	-	-	118,8	21,9	-	140,7
Gedekte Schuldverschreibungen	-	-	636,4	225,7	-	-	-	-	-	-	862,1
Beteiligungen	-	-	-	-	-	-	-	94,7	-	2,9	97,6
Sonstige Positionen	-	-	-	-	-	-	-	56,4	-	-	56,4
Summe	8.615,6	9,2	670,1	2.488,6	3.004,9	1.910,9	302,2	1.675,6	53,7	2,9	18.884,0

Die Differenz zwischen den Risikopositionswerten vor und nach Kreditrisikominderung resultiert aus den finanziellen Sicherheiten und dem aufsichtsrechtlichen Netting für derivative Geschäfte. Die IBB berücksichtigt zur Kreditrisikominderung vor allem Gewährleistungen. Das führt dazu, dass die Forderung mit ursprünglich höherem Risikogewicht durch das niedrigere Risikogewicht des Gewährleistungsgebers substituiert wird.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die aufsichtsrechtlich relevanten Sicherheiten in Form von Gewährleistungen und finanziellen Sicherheiten nach Risikopositionsklassen zum Berichtsstichtag.

Tabelle 20: Übersicht der aufsichtsrechtlich relevanten Sicherheiten, in Mio. EUR

Risikopositionsklasse	Gewährleistungen	Finanzielle Sicherheiten
Zentralstaaten/ Zentralbanken	-	-
Regionale/ lokale Gebietskörperschaften	31,2	-
Öffentliche Stellen	33,3	0,6
Multilaterale Entwicklungsbanken	-	-
Internationale Organisationen	-	-
Institute	3,9	741,0
Unternehmen	6.148,5	9,3
Mengengeschäft	108,7	-
Immobilien besicherte Positionen	-	-
Ausgefallene Risikopositionen	563,3	-
Gedekte Schuldverschreibungen	-	-
Beteiligungen	-	-
Sonstige Positionen	-	-
Summe	6.888,9	750,9

Kreditrisikomindernde Wirkung im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbemessung entfalten allein Gewährleistungen der öffentlichen Hand und von Instituten sowie die als finanzielle Sicherheiten ausgewiesenen Mittel, welche die Bank im Rahmen des Kapitalmarktgeschäfts erhalten hat. Das Risikogewicht der durch Gewährleistungen der öffentlichen Hand besicherten Positionen reduziert sich auf einen Wert von 0% bzw. bei Gewährleistungen durch Institute auf einen Wert von 20% bzw. 50%, in Abhängigkeit zum jeweiligen externen Rating des Gewährleistungsgebers.⁹ Dagegen reduziert die Hereinnahme von finanziellen Sicherheiten die jeweilige Risikoposition in Höhe des schwankungsbereinigten Wertes der Sicherheit. Dabei wendet die IBB die umfassende Methode für finanzielle Sicherheiten gemäß Art. 223 CRR an.

Die aufsichtsrechtlich relevanten Gewährleistungen werden zu über 99% durch das Land Berlin im Rahmen des Förderkreditgeschäfts gestellt. Angesichts der Tatsache, dass das Land Berlin Eigentümer der IBB ist,

⁹ Das Risikogewicht der Risikopositionsklasse Institute wird bei Vorliegen eines externen Rating der benannten Agentur nach Art. 120 CRR und bei Nichtvorliegen eines externen Ratings nach Art. 121 CRR bestimmt.

resultieren aus dieser Sicherheitenkonzentration keine über das originäre Geschäftsrisiko der Bank hinausgehenden Adressenausfallrisiken.

7.7 Risikovorsorge

7.7.1 Verfahren der Risikovorsorge

Die Bearbeitung von Problemkrediten obliegt grundsätzlich den auf die Sanierung bzw. Abwicklung von Krediten spezialisierten Mitarbeitern in dem gesonderten Bereich Risikobetreuung. Für die erkennbaren Risiken des Kreditgeschäfts wurde eine ausreichende Risikovorsorge getroffen. Die Bank unterscheidet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen, Pauschalwertberichtigungen in Anlehnung an die Berechnungsmethodik nach IAS 39 und Rückstellungen im Kreditgeschäft. Kredite mit akuten Ausfallrisiken werden einzeln wertberichtigt.

Die Höhe einer erforderlichen Risikovorsorge wird dabei unter Berücksichtigung der Werthaltigkeit der Besicherung bestimmt. Für ausfallgefährdete Forderungen des Segments Eigentumsmaßnahmen und Mikro-Kredite der Wirtschaftsförderung erfolgt die Ermittlung des erforderlichen Risikovorsorgebedarfs mittels eines maschinellen, pauschalierten Verfahrens. Neben der Identifizierung der Verlustereignisse für einzelne Forderungen werden in dem Verfahren vor allem bestehende Realkreditsicherheiten berücksichtigt. Zur weiteren Abschirmung latenter Risiken auf Forderungen bildet die IBB für alle nicht individuell oder pauschaliert einzelwertberichtigten Forderungen eine Portfoliowertberichtigung. Die Eckpunkte der einzelnen Verfahren werden im Folgenden beschrieben.

Kredite mit akuten Ausfallrisiken - Verfahren der individuellen Einzelwertberichtigungen (EWB)

Die Beurteilung, ob ein Engagement der Kundengruppen Wirtschaftsförderung oder Mietwohnungsbau zweifelhaft und somit notleidend und entsprechend wertüberichtigend ist, erfolgt im Rahmen einer Engagementbetrachtung. Das Auftreten einer oder mehrerer der folgenden Indikatoren wird als Anzeichen für eine akute Ausfallgefährdung angesehen:

- Erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners
- Erfolgte Vertragsverletzung wie bspw. Nichtzahlung oder Verzug von vereinbarten Leistungen
- Zugeständnisse an den Kreditnehmer, die der Kreditgeber aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit finanziellen Schwierigkeiten des Kreditnehmers gewährt, die der Kreditgeber normalerweise nicht gewähren würde
- Erhöhte Wahrscheinlichkeit für eine bevorstehende Insolvenz oder sonstige Sanierungsmaßnahmen des Schuldners
- Verschwinden eines aktiven Marktes aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten
- Beobachtbare Daten, die auf eine messbare Verringerung der erwarteten Cashflows aus einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten seit deren erstmaligem Ansatz hinweisen, obwohl die Verringerung noch nicht einzelnen finanziellen Vermögenswerten der Gruppe zugeordnet werden kann

Die Höhe einer erforderlichen Risikovorsorge wird dabei unter Berücksichtigung der werthaltigen Besicherung und der zukünftig erwarteten Zahlungsströme bestimmt.

Kredite mit akuten Ausfallrisiken - Verfahren der pauschalierten Einzelwertberichtigungen (PEWB)

Für Engagements des Segments Eigentumsmaßnahmen und Mikro-Kredite der Wirtschaftsförderung findet keine individuelle Engagementbetrachtung zur Ermittlung eines möglichen Risikovorsorgebedarfs statt. Für dieses Portfolio wird eine maschinelle Identifikation der relevanten Forderungen anhand von definierten Auslösefaktoren angewandt. Folgende Merkmale sind in diesem Zusammenhang unter anderem relevant:

- Gekündigte Darlehen
- Rückständige Leistungen ab 10% der aktuellen Restschuld
- Rückstandsdauer von mehr als 40 Tagen innerhalb der letzten 24 Monate
- Drohende oder eröffnete Insolvenzverfahren
- Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung innerhalb der letzten drei Jahre

Die Höhe der Risikovorsorge wird in diesen Fällen aus der aktuellen Kreditinanspruchnahme und Verlustquote, die sich an den aufsichtlichen Vorgaben für Real- und Personalkreditanteile orientiert, berechnet.

Portfoliowertberichtigungen (POWB)

Für alle Forderungen, die nicht einzelwertberichtigt oder vollständig durch die öffentliche Hand gesichert sind, wird Risikovorsorge in Form der Portfoliowertberichtigung gebildet. Die aktuelle Inanspruchnahme, die aus dem jeweiligen aktuellen Rating abgeleitete Ausfallwahrscheinlichkeit, die aufsichtsrechtlichen Verlustquoten für Real- und Personalkreditanteile und der LIP-Faktor (Loss Identification Period)¹⁰ sind die Berechnungsparameter für die Ermittlung der Portfoliowertberichtigung.

Rückstellung für unwiderrufliche Kreditzusagen

Ein analoges Verfahren zu der Bildung der POWB findet Anwendung, um die Risikovorsorge für die Ausfallrisiken, die aus Auszahlungsverpflichtungen aus unwiderruflichen Kreditzusagen resultieren, zu bilden. Die Verpflichtung aus der Kreditzusage fließt mit einem Wert von 80% in die Ermittlung der Risikovorsorge ein.

Rückstellung für Eventualverbindlichkeiten

Für drohende Verluste aus Eventualverbindlichkeiten wird individuell Risikovorsorge in Form der Rückstellung gebildet. Ein Verlust droht immer dann, wenn zu erwarten ist, dass eine Bürgschaft bzw. ein Aval aufgrund mangelnder Bonität des Schuldners und/oder mangelnder Sicherheiten in Anspruch genommen wird. Eine Beurteilung wird im Rahmen einer Engagementbetrachtung durchgeführt.

7.7.2 Quantitative Angaben zur Risikovorsorge

Die folgenden Tabellen zeigen die Höhe der Risikovorsorge zum 31.12.2016, eingeteilt in Branchen und Regionen. Dabei wird ein Vermögensgegenstand als überfällige bzw. notleidende Forderung eingestuft, wenn

- a) ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde,
- b) eine wesentliche Verbindlichkeit des Schuldners an mehr als 90 aufeinanderfolgenden Tagen in Verzug ist, d.h. die bestehende Gesamtschuld übersteigt im genannten Zeitraum den mitgeteilten Rahmen um mehr als 2,5%, mindestens um 100 EUR, oder wenn
- c) andere eindeutige Hinweise bestehen, dass der Schuldner seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommen kann.

Diese Definition orientiert sich am Schuldnerausfall gemäß Art. 178 CRR.

Die folgenden Tabellen zeigen die Höhe der Risikovorsorge zum 31.12.2016, eingeteilt in Branchen und Regionen.

Tabelle 21: Notleidende und überfällige Forderungen nach wesentlichen Branchen, in Mio. EUR

Branche	Gesamtinanspruchnahme aus notleidenden Krediten (mit Wertberichtigungsbedarf)	Bestand EWB/PEWB	Bestand POWB	Bestand Rückstellungen	Nettozuführung/ Auflösung EWB/PEWB/POWB/ Rückstellungen	Direktabschreibungen	Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	Kredit in Verzug (ohne Wertberichtigungsbedarf)
Grundstücks- und Wohnungswesen	1,8	0,5	4,1	0,3	-0,4	3,1		145,0
Banken und Versicherungen	0,0	0,0	1,2	0,0	0,0	0,0		0,0
Privatpersonen und Unternehmen	14,2	20,2	5,8	4,1	-8,2	3,5		70,7
öffentliche Haushalte	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		0,0
Summe	16,0	20,7	11,1	4,5	-8,6	6,6	3,7	215,7

¹⁰ Der LIP-Faktor wurde im Jahr 2014 auf 1 gesetzt.

Tabelle 22: Notleidende und überfällige Forderungen nach wesentlichen Regionen, in Mio. EUR

Region	Gesamtinanspruchnahme aus notleidenden Krediten (mit Wertberichtigungsbedarf)	Bestand EWB/ PEWB	Bestand POWB	Bestand Rückstellungen	Kredit in Verzug (ohne Wertberichtigungsbedarf)
Deutschland	16,0	20,7	10,4	4,5	215,6
Euro-Raum	0,0	0,0	0,5	0,0	0,0
Europäische Union	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1
Rest-Europa	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0
Andere Regionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe	16,0	20,7	11,1	4,5	215,7

Die Entwicklung der Risikovorsorge im Jahr 2016 ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Tabelle 23: Entwicklung der Risikovorsorge für Adressenausfallrisiken, in Mio. EUR

	Anfangsbestand der Periode	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Unwinding	Endbestand der Periode
EWB/ PEWB	31,6	1,9	-12,3	-0,1	-0,3	20,7
POWB	17,0	0,9	-2,5	-4,4	0,0	11,1
Rückstellungen	0,8	3,7	0,0	0,0	0,0	4,5

Insgesamt spiegelt sich die regionale und Branchenkonzentration des Forderungsbestands der IBB auch in der Struktur der Risikovorsorge wider.

7.8 Angaben zu derivativen Adressenausfallrisiken

Der Einsatz von Derivaten erfolgt in der IBB ausschließlich zur Steuerung des Risikoprofils des IBB-Portfolios. Die bestehenden Positionen in Derivaten reduzieren das Zinsänderungsrisiko des IBB-Portfolios in erheblichem Umfang. Die Derivate werden dabei in Mikro- und in Makro-Hedge-Beziehungen eingesetzt. Aktuell werden im Risikobericht die Hedgewirkungen der derivativen Geschäfte quartalsweise ausgewiesen.

Kreditderivate zählen derzeit nicht zur Produktpalette der IBB-Gruppe.

In der folgenden Tabelle ist die Summe der positiven Wiederbeschaffungswerte vor und nach Ausübung von Aufrechnungsmöglichkeiten sowie der Anrechnung von Sicherheiten dargestellt. Für die IBB sind dabei nur zinsbezogene Kontrakte relevant.

Tabelle 24: Positive Wiederbeschaffungswerte zum 31.12.2016, in Mio. EUR

	Positive Wiederbeschaffungswerte vor Aufrechnung und Sicherheiten	Aufrechnungsmöglichkeiten	Anrechenbare Sicherheiten	Positive Wiederbeschaffungswerte nach Aufrechnung und Sicherheiten
Zinsbezogene Kontrakte	676,9			
Summe	676,9	475,1	164,0	37,8

Die Bewertung der derivativen Positionen erfolgt für die aufsichtsrechtlichen Zwecke nach der Marktbewertungsmethode unter Berücksichtigung von individuellen Aufrechnungsmöglichkeiten (Netting) und Sicherheitenstellungen. Dabei verzichtet die IBB weiterhin auf die Möglichkeit, gestellte Sicherheiten mit negativen Marktwerten der Derivatepositionen zu verrechnen, bis zur endgültigen Klarstellung hinsichtlich der EBA-Auslegung durch die nationale Aufsicht.¹¹ Erhaltene Sicherheiten wirken sich dagegen risikoreduzierend aus.

Tabelle 25: Kontrahentenausfallrisiko zum 31.12.2016, in Mio. EUR

Kontrahentenausfallrisiko	Marktbewertungsmethode
Kontrahentenausfallrisikoposition	107,1

Die Kontrahenten im derivativen Geschäft der IBB sind grundsätzlich guter und sehr guter Bonität. Fallweise wird mit einzelnen Kontrahenten eine beidseitige Besicherungsvereinbarung geschlossen. Hierbei werden zu geregelten Bewertungszeitpunkten die Forderungen und Verbindlichkeiten des Derivate-Portfolios saldiert (=Netting). Forderungssalden (=positiver Marktwert) werden als Sicherheit (=Collateral) vom Kontrahenten gestellt, Verbindlichkeitssalden (=negativer Marktwert) werden von der IBB als Sicherheit gestellt. Die Sicherheitenstellung erfolgt dabei ausschließlich in Form von Barsicherheiten.

¹¹ Siehe EBA Q&A zum Single Rulebook: ID 2013_206 vom 30.04.2014 zur Fortführung der bisherigen Regelungen gemäß § 49 Abs. 2 Satz 2 i. V. m. § 100 Abs. 12 SolvV a.F.

Seit dem 21.05.2016 unterliegt die IBB für neu abgeschlossene Derivatgeschäfte der Clearingpflicht gemäß EMIR-Verordnung¹² über Zentrale Kontrahenten. Diese Zentralen Kontrahenten sind durch die europäischen Behörden für das Clearing zugelassene und qualifizierte Institute der höchsten Bonität und gelten damit als hochausfallsicher. Alle ab dem 21.05.2016 gehandelten derivativen Neugeschäfte der IBB wurden entsprechend über Zentrale Kontrahenten gecleart. Auch für zentral geclearte Geschäften erfolgt eine tägliche Bewertung und Besicherung ausschließlich in Form von Barsicherheiten.

Die Fragen der Behandlung von Korrelationen von Markt- und Kontrahentenrisiken sowie die Auswirkungen einer Ratingherabstufung der IBB sind aufgrund der derzeit angewandten Bewertungsverfahren und des aktuellen Produktkatalogs momentan nicht relevant.

7.9 Nicht im Handelsbuch enthaltene Beteiligungspositionen

Anteilseignerrisiken sind potenzielle Verluste, die aus der Bereitstellung von Eigenkapital an Dritte entstehen können. Die Beteiligungen können dabei als Förderinstrument oder als Beteiligungen verwendet werden, die dem originären Bankbetrieb, wie z.B. der Auslagerung eigener Tätigkeiten, dienen. In der IBB resultieren Anteilseignerrisiken insbesondere aus strategischen Positionen, wie Beteiligungsbuchwerten oder Krediten an Beteiligungen. Die daraus entstehenden Risiken werden durch das Risikocontrolling ermittelt und überwacht. Die Steuerung der Anteilseignerrisiken erfolgt im Beteiligungsmanagement der IBB.

Aufgrund des geringen, aus den strategischen Beteiligungen entstehenden Verlustrisikos wird das Anteilseignerrisiko für die IBB als nicht wesentliches Risiko klassifiziert. Ungeachtet davon wird das Anteilseignerrisiko als Bestandteil des Adressenausfallrisikos monatlich ermittelt. Ein Verlustrisikolimit für diese Risikoart wird nicht festgelegt, eine Berichterstattung erfolgt bei wesentlichen Änderungen der Risikoposition.

Die folgenden Tabellen beziehen sich auf die Beteiligungen der IBB-Gruppe. Zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes wurde die Fair Value Berechnung nach den EVCA-Richtlinien verwendet. Beteiligungen, für welche zum Meldestichtag kein Fair Value ermittelt werden konnte, sind unter Verwendung fortgeschriebener Anschaffungskosten ausgewiesen.

Tabelle 26: Wertansätze für Beteiligungsinstrumente der IBB-Gruppe zum 31.12.2016, in Mio. EUR

	Wertansätze
Anteile an Tochterunternehmen	
Buchwert	0,2
Beizulegender Zeitwert	0,2
Anteile an assoziierten Unternehmen und sonstige Beteiligungen	
Buchwert	0,5
Beizulegender Zeitwert	0,5
Beteiligungen der VC-Portfolios	
Buchwert	94,1
Beizulegender Zeitwert	94,1

Die Investitionsbank Berlin - Gruppe hatte zum Meldestichtag keine unter aufsichtsrechtlichen Gesichtspunkten hinreichend diversifizierten Portfolios zugehörige Beteiligungen und keine börsengehandelten Beteiligungen in ihrem Bestand.

Tabelle 27: Gewinne und Verluste aus Beteiligungsinstrumenten, in Mio. EUR

	Gewinne und Verluste
Realisierte Gewinne/Verluste aus Veräußerungen und Abwicklungen im Berichtszeitraum	+2,8
Unrealisierte Neubewertungsgewinne/-verluste	0,0

Die realisierten Gewinne aus Veräußerungen und Abwicklungen im Berichtszeitraum sind im Wesentlichen auf Verkäufe und Abwicklungen bei den Tochtergesellschaften der IBB Beteiligungsgesellschaft mbH zurückzuführen. Latente Neubewertungsgewinne bleiben in den Eigenmitteln der IBB generell unberücksichtigt.

¹² Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister

8 Risikomanagement weiterer Risikoarten

8.1 Spreadrisiko

Die Bank definiert Spreadrisiken als Verlustrisiken aus systematischen und kreditnehmerspezifischen, markt-induzierten Veränderungen der Credit Spreads über alle Ratingklassen innerhalb des Solvenzbereiches hinweg.

Spreadrisiken entstehen für die Bank ausschließlich aus Positionen des Banksteuerungs- und Treasuryportfolios und sind innerhalb der Risikotragfähigkeitsberechnung limitiert. Außerdem werden regelmäßig im Rahmen eines Asset- Liability-Committee Handlungserfordernisse abgestimmt. Die Risikolimitüberwachung erfolgt monatlich auf Portfolioebene.

Die Adress- und Spreadrisiken des Portfolios werden additiv berücksichtigt, d. h. ohne Berücksichtigung etwaiger Diversifikationseffekte. Die Bank steuert und überwacht das Spreadrisiko mittels der Kennzahl Credit Spread Value at Risk (CSVaR) gerechnet mit einem 99 %-Konfidenzniveau auf einen Risikohorizont von einem Jahr.

8.2 Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch

Als Marktpreisrisiko wird in der IBB der potenzielle Verlust, der durch Veränderungen von Preisen an den Finanzmärkten für die Positionen im Bankbuch der IBB entstehen kann, definiert. Die Marktpreisrisiken entstehen für die Bank aus Zinsänderungsrisiken. Währungs-, Aktien- und Rohwarenrisiken übernimmt die Bank nicht. Bezüglich der Tilgung von Darlehen vor der vereinbarten Kapitalfälligkeit werden kundenspezifische Expertenschätzungen herangezogen.

Die Steuerung des Marktpreisrisikos erfolgt durch das Bankbuch der IBB. Die Bank steuert und überwacht die Marktpreisrisiken über einen Value-at-Risk-Ansatz mit einem Konfidenzniveau von 99 % bei einer Haltedauer von 250 Tagen mittels Historischer Simulation.

Als Steuerungsinstrumente werden Zinsswaps zur Reduzierung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Zum Bilanzstichtag 31.12.2016 betrugen die risikomindernden Effekte aus den Swap-Positionen 210,2 Mio. Euro. Ergänzt werden die Value-at-Risk-Berechnungen in der täglichen Steuerung durch Sensitivitätsanalysen und den aufsichtsrechtlichen Zinsschock sowie Stressszenarien.

Die Bestimmung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch erfolgt nach den aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Seit 31.03.2016 werden Zahlungsverpflichtungen aus Pensionszusagen in die Messung einbezogen. Die Einhaltung des aufsichtsrechtlichen Grenzwertes von 20 % wird in der IBB täglich geprüft. Der Risikobetrag für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch war für das Geschäftsjahr 2016 jederzeit kleiner als 20 % der Eigenmittel.

Tabelle 28: Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch zum 31.12.2016, in Mio. EUR

Szenario	regulatorische Eigenmittel der IBB ¹³	Barwertänderung	Veränderung regulatorische Eigenmittel
EUR Zinsen +200 bp	957,3	-135,0	-14,1%
EUR Zinsen -200 bp		-98,2	-10,3%

Für die Tochtergesellschaften des aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreises der IBB-Gruppe sind aufgrund der Struktur der Geschäftstätigkeit, die jeweils primär die Finanzierung von Beteiligungspositionen aus vorhandenen Eigenmitteln vorsieht, Zinsänderungsrisiken von untergeordneter Bedeutung. Daher erfolgt die aufsichtsrechtliche Überwachung der Zinsänderungsrisiken weiterhin auf Basis der für das Einzelinstitut ermittelten regulatorischen Eigenmittel.

Überschreitungen von Limiten kamen im Berichtsjahr 2016 nicht vor.

8.3 Beteiligungsrisiko

Die Venture-Capital-Beteiligungen der IBB Beteiligungsgesellschaft und der von ihr gemanagten VC Fonds unterliegen dem Beteiligungsrisiko. Das Beteiligungsrisiko berücksichtigt nicht nur den Ausfall von Beteili-

¹³ Regulatorische Eigenmittel auf Basis des IBB Einzelinstituts nach der Rechnungslegung HGB. Die IBB hat gemäß Rundschreiben 7/2007 (BA) der BaFin vom 06.11.2007, abgelöst durch das Rundschreiben 11/2011 (BA) vom 09.11.2011, die Meldepflichten zu Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch nur auf Einzelinstituts- und nicht auf Gruppenebene zu erfüllen. Von der Anwendung des § 2a Abs. 1 KWG (Waiver) macht die IBB keinen Gebrauch.

gungsunternehmen, sondern auch Verlustereignisse, die durch Marktwertänderungen verursacht werden können.

Um die Risiken des Venture-Capital-Portfolios der IBB zu bestimmen und steuern zu können, verwendet die IBB ein erweitertes Kreditrisikomodell. Das Modell quantifiziert dabei das Risiko als unerwarteten Verlust mit einem 99 %-Konfidenzniveau bei einem Risikohorizont von einem Jahr.

Das Beteiligungsrisiko wurde im Berichtsjahr erstmalig als wesentliche Risikoart eingestuft.

8.4 Liquiditätsrisiko

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, dass den gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht nachgekommen werden kann oder dass im Falle einer Liquiditätskrise Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktsätzen generiert (Refinanzierungsrisiko) bzw. Aktiva nur mit Abschlägen zu den Marktsätzen liquidiert werden können (Marktliquiditätsrisiko).

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass die Bank stets in der Lage ist, ihren Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht nachzukommen und durch eine stetige Präsenz an den Geld- und Kapitalmärkten eine angemessene Refinanzierungsbasis zu gewährleisten. Um auch in Stressphasen über eine stabile Liquiditätssituation zu verfügen, hat sich die Bank das Ziel einer 6-monatigen Survival Period ohne Rückgriff auf den Geld- und Kapitalmarkt gesetzt. Verantwortlich für die Liquiditätssteuerung ist der Bereich Treasury der IBB. Dieser verfügt darüber hinaus über einen Liquiditätsnotfallplan.

Die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin sowie das Land Berlin als alleiniger Eigentümer ermöglichen der Bank eine Privilegierung nach Art. 116 Abs. 4 CRR (früherer Solva-0-Status). Damit war die IBB auch im Jahr 2016 jederzeit in der Lage, sich mit ausreichend Liquidität zu einem angemessenen Preis in den erforderlichen Laufzeiten am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Durch ein EZB-fähiges Asset-Portfolio wird sichergestellt, dass keine Liquiditätsengpässe entstehen können. Strikte Nebenbedingungen der Steuerung sind sowohl die Einhaltung der Liquiditätsverordnung (LiqV) und der Liquidity Coverage Ratio (LCR) als auch die Erfüllung der Anforderungen an die Mindestreserve. Die Grundsätze über die Einhaltung der angemessenen Eigenmittelausstattung und Liquidität gemäß CRR und KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten. Es wurden keine nennenswerten Liquiditätsrisiken quantifiziert.

8.5 Operationelles Risiko

Die IBB definiert operationelle Risiken analog zu den aufsichtsrechtlichen Vorschriften als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition beinhaltet Rechtsrisiken, schließt aber strategische Risiken und Reputationsrisiken aus.

Das Ziel der Bank besteht darin, operationelle Risiken früh zu erkennen und die daraus resultierenden Verlustpotenziale durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden bzw. zu reduzieren.

Wichtige Instrumente zur Identifizierung und Beurteilung dieser Risikoart sind:

- die jährlich durchgeführte Risikoinventur zur Risikopotenzialschätzung in Form eines Self-Assessments und
- die interne intranetbasierte Schadensfallsammlung des Operational Risk Centers (ORC).

Das operationelle Risiko wird in der IBB mittels des aus dem Aufsichtsrecht übernommenen Basisindikatorverfahrens gerechnet. Die Auslastung des Risikos betrug zum 31.12.2016 28,3 Mio. EUR. Für Stressszenarien werden Daten aus der internen Schadensfallsammlung und Daten des Datenkonsortiums Operationeller Risiken (DakOR) herangezogen.

Im Rahmen eines Self-Assessments bewerten die Organisationseinheiten der Bank in einem Bottom-up-Ansatz Risikopotenziale in der Struktur der aufsichtlichen Ereigniskategorien quantitativ mit dem Ziel einer monetären Bewertung. Darüber hinaus werden qualitative Risikoindikatoren, die als Frühwarnindikatoren Aufschluss über die zukünftige Entwicklung der operationellen Risiken geben und auf potenziell kritische Risikofelder hinweisen, erfasst und überwacht.

Zur Minderung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Schadensfällen, die aus dem Eintritt bestimmter operationeller Risiken resultieren, hat die IBB Versicherungen abgeschlossen.

8.6 Risikokonzentrationen

Bei der Ausgestaltung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse der Bank werden die Auswirkungen vorhandener Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Zur Quantifizierung der Auswirkungen und der damit verbundenen Ansteckungsrisiken kommen in der IBB verschiedene Verfahren zur Anwendung. Im Fokus der Überwachung und Steuerung von Risikokonzentrationen stehen das Adress- und das Spreadrisiko. Risikokonzentrationen können aus Adress- oder Spreadrisiken entstehen, wenn der Anteil einzelner Kreditnehmer oder einer Gruppe von Kreditnehmern in Relation zu dem Gesamtportfolio groß ist oder einzelne Kreditnehmer oder eine Gruppe von Kreditnehmern demselben Wirtschaftszweig oder derselben geografischen Region angehören und somit von denselben systematischen Risikofaktoren abhängig sind.

In der IBB werden wesentliche Risikokonzentrationen anhand von Schwellenwerten bezüglich der marginalen Anteile am Bruttokreditbetrag (BKB) und der marginalen Risiken CVaR (Adress- bzw. Spreadrisiken) identifiziert. Im Rahmen der Risikoberichterstattung werden der Vorstand und das Aufsichtsorgan der IBB quartalsweise über die Entwicklung der Kennzahlen informiert.

Das Portfolio der IBB weist sowohl in Bezug auf einzelne Kreditnehmer als auch in Bezug auf Länder, Branchen, Kreditsicherheiten und Ertragsquellen eine ausgeprägte ungleiche Verteilung der Risiken auf. Das hohe Maß an Risikokonzentrationen in den Segmenten Mietwohnungsbau und Wirtschaftsförderung sowie die Konzentration auf Deutschland, insbesondere die Region Berlin, sind vor allem förderspezifisch sowie Ausdruck des Regionalbankencharakters der IBB und entsprechen der Geschäfts- als auch der Risikostrategie. Als Länderkonzentrationen im Rahmen der Anlagen zur Sicherung der Liquidität wurden Frankreich und Österreich identifiziert.

Eine aktive Steuerung der Adressenrisikokonzentration im Kreditportfolio, beispielsweise durch Anwendung von Kreditverkäufen oder Verbriefung von Kreditforderungen, ist in der IBB insbesondere aufgrund förderspezifischer Restriktionen kaum möglich. Die Steuerung des Kreditportfolios fokussiert sich daher auf das Ausschöpfen des vorhandenen (Förder-) Neugeschäftspotenzials sowie auf eine intensive Kundenbetreuung für Kreditnehmer mit einem überdurchschnittlich hohen Risikoanteil.

Das Banksteuerungs- und Treasuryportfolio der IBB ist durch ein hohes Portfoliogewicht der Branche Banken geprägt. Dabei handelt es sich um eine gewünschte Konzentration, die sich aus der Geschäftsstrategie der Bank ergibt.

Im Rahmen der jährlich durchgeführten OpRisk-Inventur und durch Beobachtung und Analyse der eingetretenen Schadensfälle ist die IBB in der Lage, aus operationellen Risiken, sowohl auf Organisationsebene als auch auf der Ebene der Baseler Ereigniskategorien, Risikokonzentrationen zu identifizieren. Bisher wurden dabei keine Risikokonzentrationen identifiziert, aus denen ein Handlungsbedarf resultiert.

Das Portfolio des IBB-Konzerns weist darüber hinaus regionale Konzentrationen auf. Bezogen auf das Gesamtportfolio besteht zum Stichtag 31.12.2016 mit einem relativen Anteil von 77,7 % am Gesamtportfolio eine ausgeprägte Konzentration der maximalen Verlustrisiken auf die Region Deutschland. Im Vergleich zum 31.12.2015 hat sich die Ungleichverteilung der Verlustrisiken auf die Region Deutschland marginal reduziert.

9 Erklärungen des Vorstands der IBB zum Risikomanagement und -profil

Eine vom Vorstand der IBB genehmigte Erklärung zur Angemessenheit der Risikomanagementverfahren des Instituts, mit der sichergestellt wird, dass die eingerichteten Risikomanagementsysteme dem Profil und der Strategie des Instituts angemessen sind, wurde im Rahmen der Entsprechenserklärung abgegeben.¹⁴ Diese Erklärung ist Teil des Corporate-Governance-Berichtes der IBB und wird im Rahmen des Geschäftsberichts veröffentlicht.

Über die Risikomanagementziele und -politik der IBB-Gruppe wird in den Kapiteln 5 bis 7 des Offenlegungsberichts zum 31.12.2016 ausführlich informiert. Als Risikoerklärung nach Art. 435 Abs. 1 f) CRR stellt der Vorstand der IBB zusammenfassend folgendes fest:

- Die IBB ist die Förderbank des Landes Berlin und übergeordnetes Institut der IBB-Gruppe.
- Die IBB betreibt das Bankgeschäft im Sinne der Verständigung II nach EU-Recht.
- Das übergeordnete Unternehmensziel der Gruppe definiert sich durch einen gesetzlich verankerten Förderauftrag. Dessen Umsetzung konkretisiert sich unter anderem in der Förderung der Berliner Wirtschaft, von Wohnimmobilien und Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen von revolvingierenden Finanzinstrumenten und Darlehen, mezzaninen Finanzierungen, Beteiligungen, Bürgschaften und Zuschüssen sowie Beratungsleistungen.
- Basis für die Umsetzung des Förderauftrags sind die Anstaltslast sowie die Refinanzierungsgarantie des Landes, das Institutsrating von Fitch mit AAA sowie eine Privilegierung gemäß Art. 116 Abs. 4 CRR (ehemals Solva-0-Status) der IBB.
- Grundsatz der Geschäftspolitik ist, dass die Risikotragfähigkeit stets gegeben sein muss.
- Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur wurden die Risikoarten Adressenausfall-, Spread-, Marktpreis- (Zinsänderungsrisiko), Beteiligungs-, operationelles und Liquiditätsrisiko als wesentliche Risiken identifiziert.
- Für alle wesentlichen Risiken wurden Maßnahmen zu deren Begrenzung bzw. Minimierung getroffen. Die Ableitung der entsprechenden Risikolimits erfolgt unter Berücksichtigung der aktuellen Limite der vorhandenen Portfolios sowie deren erwarteter und geplanter Entwicklung in 2017 sowie bestimmter Stressszenarioergebnisse. In den festgelegten Limiten spiegelt sich somit auch die Risikotoleranz des Vorstands wider.
- Die Auslastung des Risikolimits schwankte im Berichtsjahr moderat zwischen 40,2% und 65,3%. Am 31.12.2016 lag sie bei 43,9%. Im Detail ist die Risikosituation zum Jahresende in der Tabelle 12: Wertorientierte Risikotragfähigkeit dargestellt und zeigt, dass für alle Risiken ausreichend Kapital vorgehalten wird.
- Für Kreditrisiken wurde im Rahmen der Risikovorsorge durch Bildung angemessener Wertberichtigungen Rechnung getragen.
- Aufgrund des vorhandenen Bestandes an hochliquiden Wertpapieren war die Liquiditätsversorgung der IBB im Geschäftsjahr 2016 jederzeit umfassend sichergestellt. Die in 2016 mit einer Quote von 70% verpflichtend zu erfüllende Liquidity Coverage Ratio¹⁵ wurde mit Quoten zwischen 126,3% und 175,2% eingehalten.
- Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen wurden im Berichtszeitraum stets eingehalten. Die Gesamtkapitalkennziffer gemäß CRR betrug zwischen 18,4% und 18,8% und lag damit stets über dem geforderten Wert.
- Die Verschuldungsquote (Leverage Ratio)¹⁶ der IBB-Gruppe beträgt zum 31.12.2016 5,1%.

¹⁴ Entsprechenserklärung von Vorstand und Verwaltungsrat zum Jahresabschluss 2016 der IBB: Verweis II. 1 zum Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen.

¹⁵ Delegierte Verordnung (EU) 2015/61 der Kommission vom 10. Oktober 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Liquiditätsdeckungsanforderung an Kreditinstitute

¹⁶ Delegierte Verordnung (EU) 2015/62 der Kommission vom 10. Oktober 2014 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Verschuldungsquote

10 Offenlegung der Vermögensbelastung

Für Zwecke der Offenlegung ist gemäß BaFin-Rundschreiben 06/2016 (BA)¹⁷ ein Vermögenswert als belastet angesehen, wenn er verpfändet wurde oder Gegenstand einer Vereinbarung zur Besicherung oder Bonitätsverbesserung eines bilanziellen oder außerbilanziellen Geschäfts ist, von dem er nicht frei abgezogen werden kann (z.B. bei Verpfändung zu Finanzierungszwecken). Verpfändete Vermögenswerte, die Freigabebeschränkungen unterliegen, wie Vermögenswerte, die vor der Verwendung einer Zustimmung Dritter oder eines Ersatzes durch andere Vermögenswerte bedürfen, sind ebenfalls als belastet anzusehen.

Vermögenswerte, die zugunsten nicht verwendeter Fazilitäten gestellt wurden und vorbehaltlos zurückverlangt werden können, sind dagegen nicht als belastet anzusehen.

Die folgende Tabelle zeigt die belasteten und unbelasteten Vermögenswerte der IBB-Gruppe zum 31.12.2016 sowie die durchschnittlichen Buchwerte auf vierteljährlicher Basis für das Jahr 2016.

Tabelle 29: Belastete und unbelastete Vermögenswerte der IBB-Gruppe, in Mio. EUR

	Belastete Vermögenswerte			Unbelastete Vermögenswerte		
	Buchwert 31.12.2016	Ø Buchwert 2016	Beizulegender Zeitwert 31.12.2016	Buchwert 31.12.2016	Ø Buchwert 2016	Beizulegender Zeitwert 31.12.2016
Vermögenswerte	3.812,6	4.470,4		14.669,8	14.820,0	
Jederzeit kündbare Darlehen	269,9	320,5		37,8	70,4	
Eigenkapitalinstrumente	0,0	0,0	0,0	96,8	97,6	96,8
Schuldverschreibungen	655,4	638,2	655,4	3.650,8	3.670,9	3.650,8
Darlehen und Kredite (außer jederzeit kündbare Darlehen)	2.412,2	2.953,6		10.626,7	10.741,1	
Sonstige Vermögenswerte	475,1	553,7		257,5	239,9	

Am 31.12.2016 sowie durchschnittlich auf vierteljährlicher Basis für das Jahr 2016 hat die IBB-Gruppe folgende erhaltene Sicherheiten hereingenommen. Diese erfüllen nicht die Bedingungen für den Ansatz in der Bilanz und werden deshalb nicht bilanziell ausgewiesen. Erhaltene Sicherheiten, die in der Bilanz angesetzt sind, werden dagegen in der Tabelle belastete und unbelastete Vermögenswerte offengelegt.

Tabelle 30: Beizulegender Zeitwert erhaltene Sicherheiten der IBB-Gruppe, in Mio. EUR

	Belastete erhaltene Sicherheiten bzw. ausgegebene eigene Schuldtitel		Erhaltene Sicherheiten bzw. ausgegebene eigene Schuldtitel, die zur Belastung in Frage kommen	
	31.12.2016	Ø 2016	31.12.2016	Ø 2016
Erhaltene Sicherheiten	0,0	0,0	0,0	0,3
Eigenkapitalinstrumente	0,0	0,0	0,0	0,0
Schuldverschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,3
Sonstige erhaltene Sicherheiten	0,0	0,0	0,0	0,0
Andere ausgegebene eigene Schuldtitel als eigene Pfandbriefe oder ABS	0,0	0,0	6,2	6,2

Die mit belasteten Vermögenswerten und erhaltenen Sicherheiten verbundenen Verbindlichkeiten zum 31.12.2016 sowie der Durchschnitt auf vierteljährlicher Basis für das Jahr 2016 sind in der folgenden Tabelle dargestellt. Dabei sind auch Verbindlichkeiten ohne damit verbundene Finanzierung, wie z.B. Derivate, einbezogen.

¹⁷ Rundschreiben 06/2016 (BA) zur Umsetzung der EBA-Leitlinien zur Offenlegung belasteter und unbelasteter Vermögenswerte vom 30.08.2016

Tabelle 31: Belastete Vermögenswerte, erhaltene Sicherheiten und damit verbundene Verbindlichkeiten, in Mio. EUR

	Deckung der Verbindlichkeiten, Eventualverbindlichkeiten oder ausgeliehenen Wertpapiere		Vermögenswerte, erhaltene Sicherheiten und andere ausgegebene eigene Schuldtitel als belastete Pfandbriefe und ABS	
	31.12.2016	Ø 2016	31.12.2016	Ø 2016
Buchwert ausgewählter Verbindlichkeiten	4.355,2	4.548,5	3.812,6	4.470,4
Derivate	764,7	820,0	743,6	878,0
Einlagen	3.590,5	3.728,5	3.069,0	3.592,4

10.1 Angaben zur Höhe der Belastung

Die wesentlichen Quellen und Arten der Belastung der IBB-Gruppe stellen neben typischen Geld- und Kapitalmarktaktivitäten, wie Wertpapierpensions- und Derivategeschäften mit Zentralen Kontrahenten bzw. bilateralen Besicherungsvereinbarungen (BSA) auch direkte Einlagengeschäfte der Deutschen Bundesbank bei der IBB dar. Diese Einlagen sind wie reguläre Offenmarktgeschäfte ebenfalls mit Sicherheiten in Form von Wertpapieren oder anderen Vermögensgegenständen zu besichern und führen somit zu einer Belastung von Vermögenswerten.

Die größte Belastungsquelle ergibt sich jedoch aus der anteiligen Berücksichtigung der unter § 2 des Grundvertrages mit dem Land Berlin¹⁸ fallenden Förderdarlehen bei den belasteten Vermögenswerten. Die Rückflüsse (Tilgungen, Zinsen) aus den betreffenden Förderdarlehen müssen anteilig an das Land Berlin zur Bedienung einer korrespondierenden Verbindlichkeit gegenüber dem Land Berlin abgeführt werden und sind deshalb als belastete Vermögenswerte bei Darlehen und Krediten ausgewiesen.

Emissionen gedeckter Schuldverschreibungen und Verbriefungen nimmt die IBB dagegen nicht vor, so dass sich hieraus keine Belastungen ergeben können. Zwischen den Unternehmen der IBB-Gruppe kommt es nicht zu einer gegenseitigen Belastung von Vermögensgegenständen. Übersicherungen finden lediglich in Form der Mindesttransfersummen statt, so dass es zu keiner nennenswerten Übersicherung kommen kann.

Die unbelasteten sonstigen Vermögensgegenstände der Tabelle 29 in Höhe von 257,5 Mio. EUR kommen nicht für eine mögliche Belastung in Betracht. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen, andere Firmenwerte sowie derivative und sonstige Vermögenswerte. Dabei machen die Derivate und Beteiligungsbuchwerte den überwiegenden Teil der Position aus.

¹⁸ Vertrag mit dem Land Berlin vom 18./30. November 1966 in der Fassung vom 25. November/24. Dezember 1981 (Grundvertrag).

11 Verschuldungsquote

Mit der Einführung einer Verschuldungsgrenze im Rahmen des Basel III - Rahmenwerks sollte eine alternative Messgröße für die risikogewichteten Kapitalgrößen geschaffen werden. Daher setzt die Leverage Ratio eine weitgehend ungewichtete Summe aus bilanziellen, außerbilanziellen und derivativen Positionen ins Verhältnis zum regulatorischen Eigenkapital. Sie soll den Bankensektor vor einer übermäßigen Verschuldung bewahren und somit das Risiko eines destabilisierenden Schuldenaufbaus senken. Damit ergänzt die Leverage Ratio die geltenden Eigenkapitalvorschriften.

Die Ausgestaltung der Leverage Ratio befindet sich derzeit noch in einer Beobachtungsphase und soll künftig als verbindliche Mindestgröße gelten. Als Richtwert wurde im Baseler Rahmenwerk eine Begrenzung der so genannten Gesamtrisikopositionsmessgröße¹⁹ auf das 33,3-fache des gesamten Kernkapitals vorgeschlagen. Das entspricht einer Mindestverschuldungsquote von 3%.

Die Offenlegung der Verschuldungsquote erfolgt auf Basis der Delegierten Verordnung zur Leverage Ratio.²⁰ Seit dem Meldestichtag 30.09.2016 ist auch der dafür geänderte ITS²¹ anzuwenden und die Verschuldungsquote nach der überarbeiteten Berechnungsmethodik an die Aufsicht zu melden.

In den nachfolgenden Tabellen werden die quantitativen Angaben zur Leverage Ratio auf Basis des ITS zur Offenlegung der Verschuldungsquote²² aufgeführt. Dabei wird die Kapitalmessgröße unter Berücksichtigung des Wahlrechts gemäß Art. 499 Abs. 1b) CRR mit den geltenden Übergangsbestimmungen dargestellt.

Tabelle 32: Summarischer Vergleich der Bilanzaktiva und der Gesamtrisikopositionsmessgröße zum 31.12.2016, in Mio. EUR

	Anzusetzende Werte
Summe der im Jahresabschluss ausgewiesenen Vermögenswerte	18.486,0
Anpassung für Beteiligungen, die zu Bilanzierungszwecken konsolidiert werden, die jedoch nicht zum aufsichtlichen Konsolidierungskreis gehören	-4,2
Anpassung für Treuhandvermögen, das gemäß den geltenden Rechnungslegungsvorschriften in der Bilanz ausgewiesen wird, aber von der Gesamtrisikopositionsmessgröße gemäß Art. 429 Abs. 13 CRR ausgenommen ist	-
Anpassungen für derivative Finanzinstrumente	-568,5
Anpassungen für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT)	0,4
Anpassung für außerbilanzielle Geschäfte (d.h. Umwandlung der außerbilanziellen Geschäfte in Kreditäquivalenzbeträge)	528,5
Anpassung für Risikopositionen aus Intragruppenforderungen, die von der Gesamtrisikopositionsmessgröße gemäß Art. 429 Abs. 7 CRR ausgenommen sind	-
Anpassungen für Risikopositionen, die gemäß Art. 429 Abs. 14 CRR von der Gesamtrisikopositionsmessgröße ausgenommen sind	-
Sonstige Anpassungen	432,0
Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	18.874,2

¹⁹ Diese Größe setzt sich aus bilanziellen, außerbilanziellen und derivativen Positionen zusammen und geht damit über die Bilanzsumme hinaus. Gemäß Art. 429 Abs. 4 CRR ist die Gesamtrisikopositionsmessgröße die Summe der Risikopositionswerte aller Aktiva und außerbilanziellen Posten, welche nicht bereits vom Kernkapital abgezogen wurden.

²⁰ Delegierte Verordnung (EU) 2015/62 der Kommission vom 10. Oktober 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Verschuldungsquote

²¹ Durchführungsverordnung (EU) 2016/428 der Kommission vom 23. März 2016 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 680/2014 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die aufsichtlichen Meldungen der Institute in Bezug auf die Meldung der Verschuldungsquote

²² Durchführungsverordnung (EU) 2016/200 der Kommission vom 15. Februar 2016 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Offenlegung der Verschuldungsquote durch die Institute gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates

Tabelle 33: Einheitliches Offenlegungsschema für die Verschuldungsquote zum 31.12.2016, in Mio. EUR

	Risikopositionen für die CRR-Verschuldungsquote
Bilanzwirksame Risikopositionen	
Bilanzwirksame Posten (ohne Derivate, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte und Treuhandvermögen, aber einschließlich Sicherheiten)	18.242,7
Bei der Ermittlung des Kernkapitals abgezogene Aktiva-Beträge	-4,5
Summe der bilanzwirksamen Risikopositionen (ohne Derivate, SFT und Treuhandvermögen)	18.238,2
Risikopositionen aus Derivaten	
Wiederbeschaffungswert aller Derivatgeschäfte (d. h. ohne anrechenbare, in bar erhaltene Nachschüsse)	201,9
Aufschläge für den potenziellen künftigen Wiederbeschaffungswert in Bezug auf alle Derivatgeschäfte (Marktbewertungsmethode)	69,3
Risikoposition gemäß Ursprungsrisikomethode	-
Hinzurechnung des Betrags von im Zusammenhang mit Derivaten gestellten Sicherheiten, die nach dem geltenden Rechnungslegungsrahmen von den Bilanzaktiva abgezogen werden	0,0
Abzüge von Forderungen für in bar geleistete Nachschüsse bei Derivatgeschäften	-164,1
Ausgeschlossener zentraler Gegenpartei-Teil kundengeclearter Handelsrisikopositionen	-
Angepasster effektiver Nominalwert geschriebener Kreditderivate	-
Aufrechnungen der angepassten effektiven Nominalwerte und Abzüge der Aufschläge für geschriebene Kreditderivate	-
Summe der Risikopositionen aus Derivaten	107,1
Risikopositionen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (SFT)	
Brutto-Aktiva aus SFT (ohne Anerkennung von Netting), nach Bereinigung um als Verkauf verbuchte Geschäfte	0,0
Aufgerechnete Beträge von Barverbindlichkeiten und -forderungen aus Brutto-Aktiva aus SFT	0,0
Gegenparteiausfallrisikoposition für SFT-Aktiva	0,4
Abweichende Regelung für SFT: Gegenparteiausfallrisikoposition gemäß Art. 429b Abs.4 und Art. 222 CRR	-
Risikopositionen aus als Beauftragter (Agent) getätigten Geschäften	-
Ausgeschlossener zentraler Gegenpartei-Teil von kundengeclearnten SFT-Risikopositionen	-
Summe der Risikopositionen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften	0,4
Andere außerbilanzielle Risikopositionen	
Außerbilanzielle Risikopositionen zum Bruttonominalwert	1.321,9
Anpassungen für die Umrechnung in Kreditäquivalenzbeträge	-793,4
Sonstige außerbilanzielle Risikopositionen	528,5
(Bilanzielle und außerbilanzielle) Risikopositionen, die nach Art. 429 Abs. 14 CRR unberücksichtigt bleiben dürfen	
Gemäß Art. 429 Abs. 7 CRR nicht einbezogene (bilanzielle und außerbilanzielle) gruppeninterne Risikopositionen (Einzelbasis)	-
(Bilanzielle und außerbilanzielle) Risikopositionen, die nach Art. 429 Abs. 14 CRR unberücksichtigt bleiben dürfen	-
Eigenkapital und Gesamtrisikopositionsmessgröße	
Kernkapital nach Übergangsbestimmungen Art. 499 Abs. 1 b) CRR	956,8
Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	18.874,2
Verschuldungsquote	
Verschuldungsquote in %	5,1
Anwendung von Übergangsbestimmungen für die Definition der Kapitalmessgröße	ja
Betrag des gemäß Art. 429 Abs. 11 CRR ausgebuchten Treuhandvermögens	-

Aufgrund der geringen Auswirkungen der Übergangsbestimmungen auf die Kapitalmessgröße unterscheiden sich die Verschuldungsquoten der IBB-Gruppe nur geringfügig. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Verschuldungsquoten mit und ohne Übergangsregelungen zum 31.12.2016.

Tabelle 34: Verschuldungsquoten nach Delegierter Verordnung, in Mio. EUR

	Mit Übergangsbestimmungen ("transitional definition")	Ohne Übergangsbestimmungen ("fully-phased-in-definition")
Kernkapital	956,8	957,9
Gesamtrisikopositionsmessgröße	18.874,2	18.874,2
Verschuldungsquote in %	5,1	5,1

Tabelle 35: Aufschlüsselung von bilanziellen Risikopositionen zum 31.12.2016, in Mio. EUR

	Risikopositionswerte der CRR- Verschuldungsquote
Bilanzielle Risikopositionen insgesamt (ohne Derivate, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT), und ausgenommene Risikopositionen), davon:	18.242,7
Risikopositionen des Handelsbuchs	0,0
Risikopositionen des Anlagebuchs, davon:	18.242,7
Gedekte Schuldverschreibungen	862,2
Risikopositionen, die wie Risikopositionen gegenüber Zentralstaaten behandelt werden	552,4
Risikopositionen gegenüber regionalen Gebietskörperschaften, multilateralen Entwicklungsbanken, internationalen Organisationen und öffentlichen Stellen, die NICHT wie Risikopositionen gegenüber Zentralstaaten behandelt werden	1.372,4
Institute	3.730,8
Durch Grundpfandrechte auf Immobilien besichert	3.144,8
Risikopositionen aus dem Mengengeschäft	379,6
Unternehmen	7.342,0
Ausgefallene Positionen	702,9
Andere Forderungsklassen (z. B. Beteiligungspositionen, Verbriefungs-Risikopositionen und sonstige Aktiva, die keine Kreditverpflichtungen sind)	155,6

11.1 Prozess zur Steuerung des Risikos von übermäßiger Verschuldung

Dem Risiko einer übermäßigen Verschuldung der IBB-Gruppe wird durch Berücksichtigung der Verschuldungsquote im Planungs- und Steuerungsprozess Rechnung getragen. Die IBB überprüft ihre Bilanzentwicklung laufend und analysiert zu diesem Zweck wesentliche Bilanzkennzahlen, zu denen auch die Verschuldungsquote gehört.

Im Rahmen der Risikoüberwachung und der regulatorischen Kapitalausstattung ist die Verschuldungsquote integrativer Bestandteil der Gesamtbanksteuerung. Quartalsweise wird im internen Management Reporting über die aktuelle Entwicklung der Leverage Ratio und ggf. wesentlicher Einflussfaktoren berichtet.

Im Asset Liability Committee (ALCO) werden bei Bedarf die für die IBB identifizierten Steuerungsansätze der Leverage Ratio diskutiert. Das ALCO unterbreitet dem Gesamtvorstand gegebenenfalls Vorschläge für konkrete Steuerungsmaßnahmen.

11.2 Einflussfaktoren auf die Verschuldungsquote im Geschäftsjahr 2016

Die Entwicklung der Verschuldungsquote bis zum 30.09.2016 (nach dem bis dahin gültigen ITS) war von einer stetigen Verbesserung der Kennzahl geprägt. Diese stieg von 3,8% auf 4,8%. Ursächlich dafür war im Wesentlichen ein Rückgang der bilanziellen und außerbilanziellen Risikopositionen, der sich durch eine rückläufige Gesamtrisikopositionsmessgröße positiv auf die Verschuldungsquote auswirkte. Gleichzeitig konnte durch ein positives Jahresergebnis 2015 das Eigenkapital der IBB-Gruppe deutlich erhöht werden, was ebenfalls zu einem Anstieg der Verschuldungsquote führte.

Mit dem Inkrafttreten des geänderten ITS ab 30.09.2016 verbesserte sich die Verschuldungsquote nochmals leicht auf 5,0%. Hierbei führen insbesondere die geänderten Regelungen zur Umrechnung in Kreditäquivalenzbeträge für außerbilanzielle Risikopositionen zu einer Reduzierung der Gesamtrisikopositionsmessgröße. Am 31.12.2016 beträgt die Verschuldungsquote 5,1%.

12 Vergütungsbericht

12.1 Hintergrund des Berichts

Die Investitionsbank Berlin (IBB) hat als CRR-Institut ihre Vergütungspolitik nach § 16 Abs. 1 der Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV) i. V. m. Art. 450 CRR offenzulegen.

Die IBB gilt aufgrund der Überschreitung der durchschnittlichen Bilanzsumme von 15 Mrd. EUR in den letzten drei Geschäftsjahren als bedeutendes Institut im Sinne des § 17 InstitutsVergV. Diese Einstufung hat die IBB mit einer Risikoanalyse in den Geschäftsjahren 2014 bis 2016 widerlegt. Diese Einschätzung wurde der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank (BuBa) vorgelegt.

Eine Einstufung als nicht bedeutendes Institut im Sinne der InstitutsVergV hat zur Folge, dass die IBB keine Beschäftigten, deren Tätigkeiten einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil (so genannte Risk Taker) nach § 18 InstitutsVergV haben, benennen muss. Die nach Art. 450 CRR erforderlichen Angaben beziehen sich jedoch ausschließlich auf Beschäftigte, deren Tätigkeit einen wesentlichen Einfluss auf das Risikoprofil des Instituts haben.

Die IBB kommt ihrer Verpflichtung zur Offenlegung der Vergütungspolitik und -praxis nach Art. 450 CRR vollumfänglich nach, ohne dabei die Risk Taker gesondert aufzuführen. Hierbei ist zu beachten, dass die IBB ein einheitliches Vergütungssystem für alle Beschäftigten hat.

Der Vergütungsbericht enthält die relevanten Informationen für das Geschäftsjahr 2016. Die Berichtssystematik entspricht dem Prinzip der wirtschaftlichen Zugehörigkeit, d. h. es wird darüber berichtet, was für das Geschäftsjahr 2016 an die Beschäftigten der IBB als Vergütung ausgezahlt wurde und beinhaltet auch die Sonderzahlungen für das Geschäftsjahr 2016, die in 2017 ausgezahlt wurden. Bis zum Geschäftsjahr 2015 wurde über die Vergütung nach dem Zuflussprinzip berichtet.

Es werden detaillierte, qualitative und quantitative Informationen zu den Vergütungssystemen der IBB und der IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, als wesentliche Tochter der IBB (Finanzunternehmen mit eigenen Beschäftigten), offengelegt.

12.2 Vergütungspolitik der IBB

Ziel der Vergütungspolitik der IBB ist die Einhaltung bzw. die Umsetzung der Geschäfts- und Risikostrategie im Sinne der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Die Konformität des Vergütungssystems zur Strategie der IBB ist insbesondere durch die direkte Abhängigkeit der variablen Vergütung von der wirtschaftlichen Gesamtsituation der IBB, von der individuellen Zielerreichung und der individuellen Leistungseinschätzung - bei gleichzeitiger Limitierung - gewährleistet. Auch sollen die Vergütungssysteme der IBB eine leistungsgerechte und marktgerechte Vergütung der Beschäftigten ermöglichen, um die Leistungsträger langfristig an die IBB zu binden.

Die Vergütungspolitik wird in Absprache zwischen dem Stab Personal und dem Gesamtvorstand festgelegt und dem Verwaltungsrat bzw. dem Vergütungskontrollausschuss zur Kenntnis gegeben.

Der Verwaltungsrat der IBB hat in 2016 in vier ordentlichen Sitzungen getagt und u. a. die Ausgestaltung und Angemessenheit der Vergütungssysteme überwacht.

Der in 2014 konstituierte Vergütungskontrollausschuss hat seine Aufgaben gemäß § 15 Abs. 2 bis 4 InstitutsVergV wahrgenommen und den Verwaltungsrat bei der Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme des Instituts im Geschäftsjahr 2016 mit vier Sitzungen unterstützt.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats und des Vergütungskontrollausschusses sind im Anhang unter Zusammensetzung der Gremien aufgeführt. Auf die Einbeziehung eines externen Vergütungsberaters wurde im Berichtsjahr verzichtet.

Der Vorstand der IBB hat in 2016, nach Anhörung des Verwaltungsrates, auf freiwilliger Basis einen Vergütungsbeauftragten sowie eine Verhinderungsververtretung bestellt. Der Vergütungsbeauftragte steht dem Vergütungskontrollausschuss sowie dem Verwaltungsrat in Vergütungsfragen, auf deren Verlangen hin, beratend zur Verfügung.

12.2.1 Ausgestaltung der Vergütungssysteme in der IBB

Die IBB ist ordentliches Mitglied im Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) und wendet die Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken, insbesondere den Gehaltstarifvertrag in seiner jeweils geltenden Fassung, an.

12.2.2 Fixes Vergütungssystem

Tariflich vergütete Beschäftigte

Die fixe Vergütung für tariflich vergütete Beschäftigte wird im Rahmen des Gehaltstarifvertrags für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken in der jeweils geltenden Fassung festgelegt. Die Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken werden mit Wirkung vom 01.01.1993 angewendet. Die Beschäftigten werden nach der von ihnen ausgeübten Tätigkeit (Kenntnisse und Fertigkeiten) in die Tarifgruppen eingruppiert.

Außertariflich vergütete Beschäftigte

Außertarifliche Vergütungen sind Gehälter oberhalb der Tarifgruppen. Für die fixe Vergütung von außertariflich vergüteten Beschäftigten wurden Gehaltsbandbreiten für drei AT-Stellenwertgruppen festgelegt.

Die fixe Vergütung für alle außertariflich vergüteten Beschäftigten orientiert sich an dem geltenden Gehaltstarifvertrag für das private Bankgewerbe. Das individuelle Monatsgehalt ergibt sich durch Multiplikation der Bemessungsgrundlage (Monatsvergütung der Tarifgruppe 6 im 11. Berufsjahr nach dem Manteltarifvertrag Banken) mit einem festzulegenden Faktor. Dieser Vergütungsbestandteil stellt den versorgungsfähigen Anteil für die betriebliche Altersversorgung dar. Zusätzlich zur Faktorvergütung kann eine nicht versorgungsfähige Zulage Vergütungsbestandteil sein.

Seit dem 01.08.2013 wird bei Neueinstellung bzw. Neuabschluss von außertariflichen Verträgen ein Fixgehalt, aufgeteilt in versorgungsfähige und ggf. nicht versorgungsfähige Bestandteile, vereinbart.

12.2.3 Variables Vergütungssystem

Die Grundlage für die variable Vergütung bildet eine zwischen dem Gesamtvorstand der IBB und dem Personalrat geschlossene Dienstvereinbarung, die für alle Beschäftigten (inkl. der 1. und 2. Führungsebene) gilt. Der unter Berücksichtigung des § 7 InstitutsVergV hierfür ermittelte Gesamtbonuspool wird auf die Beschäftigten der IBB verteilt. Auf die Bereitstellung des Gesamtbonuspools besteht kein Rechtsanspruch und es besteht die Möglichkeit, die Zahlung der variablen Vergütung zu kürzen bzw. vollständig einzustellen.

Zielvereinbarungssystem für die 1. und 2. Führungsebene

Die erforderliche Verbindung zwischen den mit dem Eigentümer angestimmten strategischen Unternehmenszielen und dem Vergütungssystem wird durch ein systematisches Zielvereinbarungs- und Beurteilungssystem gewährleistet.

Hierfür werden jeweils am Jahresanfang die aus den Unternehmenszielen abgeleiteten Anforderungen im Rahmen von Zielvereinbarungsgesprächen zwischen den Vorständen und den Bereichs- und Stabsleiter/innen dokumentiert. In einem Top-down-Prozess werden die Unternehmensziele an alle Beschäftigten der nachfolgenden Ebenen übertragen. In der Folge sind sowohl die Bereichs- und Stabsleiter/innen als auch die Abteilungsleiter/innen dafür verantwortlich, die Unternehmensziele in angemessener Weise auf alle Beschäftigten zu übertragen.

Die Ziele werden nach qualitativen und quantitativen Zielen, sowie nach persönlichen als auch Zielen der Organisationseinheit unterschieden. Am Jahresende wird die Zielerreichung im jährlichen Rückmeldeprozess überprüft und in einer Ergebnisbewertung, mit den folgenden Unterteilungen, vorgenommen:

- 81 - 90%: Ziele unterschritten
- 91 - 100%: Ziele erfüllt
- 101 - 110%: Ziele übertroffen
- 111 - 120%: Ziele erheblich übertroffen.

Budgetverteilung

Der Vorstand entscheidet in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung und den Regelungen des § 7 InstitutsVergV jährlich, ob und in welcher Höhe hierfür ein Budget zur Verfügung gestellt wird. Die Budgetverteilung gliedert sich in zwei Teile:

I. Allgemeine Sonderzahlung:

Die allgemeine Sonderzahlung wird an alle Beschäftigten der IBB (inkl. der 1. und 2. Führungsebene) ausgeschüttet. Sie bemisst sich anhand des Gesamterfolges des Institutes und wird nur bei einem entsprechenden wirtschaftlichen Ergebnis ausgeschüttet. Die allgemeine Sonderzahlung wird bei zusätzlicher Auszahlung einer individuellen Sonderzahlung angerechnet.

II. Individuelle Sonderzahlung:

Die individuelle Sonderzahlung bemisst sich bei den Führungskräften anhand des ermittelten Zielerreichungsgrades. Bei allen anderen Beschäftigten erfolgt die Verteilung auf der Grundlage definierter Parameter (zusätzliche Projektarbeit, überdurchschnittliche Sonderbelastung oder überdurchschnittliche Leistungen in qualitativer und/oder quantitativer Hinsicht).

Die Zahlung einer individuellen Sonderzahlung ist nur möglich, sofern eine allgemeine Sonderzahlung ausgeschüttet wird.

Gemäß den Regelungen der InstitutsVergV wurden in der IBB absolute und relative Begrenzungen für die Höhe der individuellen Sonderzahlung festgelegt. Das absolute Limit der individuellen Sonderzahlung liegt in Abhängigkeit von der Position der/des Beschäftigten zwischen 8.000 und 49.000 EUR.

Bei der Festsetzung der Begrenzungen wurde darauf geachtet, dass die fixe und variable Vergütung gemäß § 6 InstitutsVergV in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Die Obergrenze für das Verhältnis zwischen fixer und variabler Vergütung beträgt 100% des fixen Jahresgrundgehaltes (§ 25a Abs. 5 KWG). Diese wird auf allen Ebenen deutlich unterschritten.

Die Auszahlung der variablen Vergütung erfolgt im 2. Quartal des Jahres, das auf das maßgebliche Geschäftsjahr folgt. Die Auszahlung der variable Vergütung wird in bar gewährt. Es gibt keine Entlohnung in Form von Aktien oder ähnlichem.

12.2.4 Vergütung Vorstände

Die Vergütung für die Vorstände der IBB wurde in den Anstellungsverträgen festgelegt. Mit den Vorständen wurde eine Gesamtvergütung vereinbart, die sich aus einem festen Jahresgehalt zuzüglich einer variablen Erfolgsvergütung auf Basis einer jährlich abzuschließenden Zielvereinbarung zusammensetzt. Der variable Anteil unterliegt somit einer vertraglich fixierten Obergrenze.

Die Höhe der variablen Vergütung ist abhängig von der Zielerreichung und wird durch den Verwaltungsrat der IBB festgelegt. Die zwischen dem Verwaltungsrat und dem Vorstand vereinbarten Ziele tragen den besonderen Anforderungen einer Förderbank Rechnung. Die Ziele leiten sich aus den strategischen Zielen der Bank ab und stehen im Einklang mit den Grundsätzen der Geschäfts-, Förder- und Risikopolitik sowie den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen.

12.3 Vergütungspolitik der IBB Beteiligungsgesellschaft mbH

Die IBB Beteiligungsgesellschaft mbH ist eine 100%ige Tochter der IBB. Sie beteiligt sich an kleinen und mittleren Unternehmen, berät diese und wird im Rahmen von Förderprogrammen der IBB sowie der öffentlichen Hand tätig.

Die Vergütungspolitik der IBB Bet ist darauf ausgerichtet, dass die Höhe der fixen und der variablen Vergütung in einem angemessenen Verhältnis zu den Aufgaben und Leistungen der Beschäftigten sowie zur Lage der Gesellschaft stehen.

Die Vergütungspolitik wird durch die Geschäftsführer unter Einbeziehung des Aufsichtsrats festgelegt. Auf die Einbeziehung eines externen Vergütungsberaters wurde im Berichtsjahr verzichtet.

Um die Eingehung erhöhter Risiken zu vermeiden, wird die variable Vergütung in Abhängigkeit von der individuellen Zielerreichung und der individuellen Leistungseinschätzung - bei gleichzeitiger Limitierung - ermittelt. Grundsätzlich besteht jederzeit die Möglichkeit, die Zahlung der variablen Vergütung zu kürzen bzw. vollständig einzustellen.

Der Aufsichtsrat der IBB Bet hat in 2016 in drei ordentlichen, einer außerordentlichen Sitzung und einer konstituierenden Sitzung getagt und u. a. die Ausgestaltung und Angemessenheit der Vergütungssysteme überwacht.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind im Anhang unter Zusammensetzung der Gremien aufgeführt.

12.3.1 Ausgestaltung der Vergütungssysteme in der IBB Beteiligungsgesellschaft mbH

Fixes Vergütungssystem

Die fixe Vergütung für die Beschäftigten der IBB Bet ist unter Berücksichtigung der jeweiligen Tätigkeit individuell ausgestaltet. Der Gehaltstarifvertrag für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken kommt nicht zur Anwendung.

Variables Vergütungssystem

Für das jeweilige Geschäftsjahr kann zusätzlich zur fixen Vergütung eine variable Vergütung gewährt werden. Der unter Berücksichtigung des § 7 InstitutsVergV hierfür ermittelte Gesamtbonuspool wird auf die Beschäftigten der IBB Bet verteilt. Auf die Bereitstellung des Gesamtbonuspools besteht kein Rechtsanspruch und es besteht die Möglichkeit, die Zahlung der variablen Vergütung zu kürzen bzw. vollständig einzustellen.

Als Vergütungsparameter zur Bemessung der variablen Vergütung der Beschäftigten werden insbesondere die Leistung und der Erfolg der Beschäftigten berücksichtigt.

Die Höhe der variablen Vergütung wird auf Basis der Erreichung der jährlich im Rahmen der Zielvereinbarung festgelegten Ziele ermittelt.

Gemäß den Regelungen der InstitutsVergV wurden in der IBB Bet absolute und relative Begrenzungen für die Höhe der individuellen Sonderzahlung festgelegt. Bei den Beschäftigten ist die variable Vergütung auf max. 17% des Fixgehalts bei 100% Zielerreichung limitiert.

Bei der Festsetzung der Begrenzungen wurde darauf geachtet, dass die fixe und variable Vergütung gemäß § 6 InstitutsVergV in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Die gemäß § 25a Abs. 5 KWG geltende maximale Obergrenze der variablen Vergütung, in Höhe von 100% des Fixgehalts, wird in allen Ebenen deutlich unterschritten.

Es erfolgt keine Entlohnung in Form von Aktien oder Ähnlichem.

Vergütung der Geschäftsführung

Die fixe Vergütung für die Geschäftsführung der IBB Bet wurde in den Anstellungsverträgen festgelegt.

Für das jeweilige Geschäftsjahr kann zusätzlich zur fixen Vergütung eine variable Vergütung gewährt werden. Die Höhe der variablen Vergütung wird auf Basis der jährlich im Rahmen der Zielvereinbarung festgelegten Ziele ermittelt.

Bei einer Zielerreichung von 100% beträgt die variable Vergütung 35.000 EUR. Der Betrag wird bei einer höheren/niedrigeren Zielerreichung entsprechend erhöht/ gemindert.

Um die Bedeutung der variablen Vergütung in Bezug auf den Anteil der Gesamtvergütung zu regulieren, wird diese relativ auf 40% des Jahresgehalts und absolut auf 50.000 EUR begrenzt.

Es erfolgt keine Entlohnung in Form von Aktien oder Ähnlichem.

12.4 Vergütungsinformation

12.4.1 Vergütungsinformationen der Investitionsbank Berlin und der IBB Beteiligungsgesellschaft

Tabelle 36: Vergütungsinformation der IBB und der IBB Beteiligungsgesellschaft für das Geschäftsjahr 2016 gemäß InstitutsVergV

Leistung (Betragsangaben in TEUR)	Gesamt (inkl. Tochter)	IBB							IBB Beteiligungsgesellschaft		
		Gesamt	Vorstand	UB-1	UB-2***	UB-3	UB-4***	Sonst.	Gesamt	Geschäfts- führung	Beschäftigte
Gesamtvergütung	41.541,0	40.087,6	909,3	5.344,2	9.435,9	9.856,2	13.094,6	1.447,4	1.453,4	414,2	1.039,2
Anzahl der Begünstigten	654	634	2	70	137	157	210	58	20	2	18
davon fixe Vergütung	39.821,8	38.551,5	729,1	5.016,6	9.061,6	9.588,4	12.773,7	1.382,2	1.270,3	347,0	923,3
Anzahl der Begünstigten	654	634	2	70	137	157	210	58	20	2	18
davon variable Vergütung	1.719,2	1.536,1	180,2	327,6	374,4	267,8	320,9	65,2	183,1	67,2	115,9
Anzahl der Begünstigten	641	626	2	69	136	156	208	55	15	2	13
davon bar ausgezahlt	1.719,2	1.536,1	180,2	327,6	374,4	267,8	320,9	65,2	183,1	67,2	115,9
davon in Aktien, mit Aktien verknüpfte Instrumente und andere Arten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon zurückbehalten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Kürzungsbeträge (Malus)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Altersversorgungsleistungen, die nicht auf bankweit geltender Regelung beruhen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Neueinstellungsprämien/ Abfindungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Anzahl der Begünstigten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Abfindungen											
Anzahl der Begünstigten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon höchster Einzelbetrag	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Personen, deren Vergütung 1 Mio. EUR übersteigt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Anzahl der Begünstigten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

* Durchschnitt auf Basis der Stichtage 31.03., 30.06., 30.09. und 31.12.2016 (bis Geschäftsjahr 2015 Ausweis von Mitarbeiterkapazitäten)

** Zahlung in 2017 für Geschäftsjahr 2016

*** inkl. Generalbevollmächtigten

12.4.2 Vergütungsinformationen des Verwaltungsrats der IBB

Tabelle 37: Vergütungsinformationen des Verwaltungsrats der IBB für das Geschäftsjahr 2016, in TEUR

Gesamtbetrag der Vergütung aller Aufsichtsratsmitglieder	71,7
Anzahl der Begünstigten	9

12.4.3 Vergütungsinformationen des Aufsichtsrats der IBB Beteiligungsgesellschaft

Tabelle 38: Vergütungsinformationen des Aufsichtsrats der IBB Bet für das Geschäftsjahr 2016, in TEUR

Gesamtbetrag der Vergütung aller Aufsichtsratsmitglieder	0
Anzahl der Begünstigten	4

12.5 Zusammensetzung der Gremien

Tabelle 39: Verwaltungsrat der IBB

Mitglieder des Verwaltungsrats der IBB	
Cornelia Yzer (Vorsitzende bis 08.12.2016)	Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung des Landes Berlin (bis 08.12.2016)
Andreas Geisel (stellv. Vorsitzender bis 14.02.2017)	Senator für Stadtentwicklung und Umwelt des Landes Berlin (bis 08.12.2016) Senator für Inneres und Sport des Landes Berlin (ab 08.12.2016)
Dr. Margaretha Sudhof (bis 14.02.2017)	Staatssekretärin der Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin
Michaela Maria Eder von Grafenstein	Sprecherin der Geschäftsführung der Aquila Capital Investment GmbH
Maren Kern	Mitglied des Vorstands für den BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.
Dr. Dietrich Rümker (bis 31.12.2016)	Vorsitzender des Vorstands i.R. der Landesbank Schleswig-Holstein (seit 2003: HSH Nordbank AG)
Nadja Bernstein	Mitglied des Personalrats der Investitionsbank Berlin
Michael Bomke	Vorsitzender des Personalrats der Investitionsbank Berlin
Sven Hoffmann (bis 31.12.2016)	Beschäftigter der Investitionsbank Berlin

Tabelle 40: Vergütungskontrollausschuss der IBB

Mitglieder des Vergütungskontrollausschusses der IBB	
Cornelia Yzer (Vorsitzende bis 08.12.2016)	Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung des Landes Berlin (bis 08.12.2016)
Dr. Dietrich Rümker (bis 31.12.2016)	Vorsitzender des Vorstands i.R. der Landesbank Schleswig-Holstein (seit 2003: HSH Nordbank AG)
Michael Bomke	Vorsitzender des Personalrats der Investitionsbank Berlin

Tabelle 41: Aufsichtsrat der IBB Beteiligungsgesellschaft

Mitglieder des Aufsichtsrats der IBB Beteiligungsgesellschaft	
Dr. Matthias von Bismarck-Osten (Vorsitzender)	Generalbevollmächtigter der Investitionsbank Berlin
Stephan Hoffmann (stellv. Vorsitzender)	Bereichsleiter Wirtschaftsförderung der Investitionsbank Berlin
Dr. Jürgen Allerkamp	Vorstandsvorsitzender der Investitionsbank Berlin
Torsten Harr	Stabsleiter Beteiligungsmanagement der Investitionsbank Berlin

13 Anhang

Anlage zu den Eigenmitteln

Tabelle 42: Vollständige Übersicht der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel während der Übergangszeit, in Mio. EUR

Kapitalinstrumente	Betrag 31.12.2016	Verweis auf Artikel in der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR)	Beträge, die der Behandlung vor der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unterliegen oder vorgeschriebener Restbetrag gemäß Verordnung (EU) Nr. 575/2013
Hartes Kernkapital (CET1) - Instrumente und Rücklagen			
Kapitalinstrumente und das damit verbundene Agio	300,0	26 Abs. 1, 27, 28, 29, EBA-Verzeichnis nach 26 Abs. 3	-
davon: Gezeichnetes Kapital/Grundkapital	300,0	26 Abs. 3 (EBA-Verzeichnis)	-
Einbehaltene Gewinne	11,1	26 Abs. 1c)	-
Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen, zur Berücksichtigung nicht realisierter Gewinne und Verluste nach den anwendbaren Rechnungslegungsstandards)	658,7	26 Abs. 1	-
Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	26 Abs. 1f)	-
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 Abs. 3 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios dessen Anrechnung auf das CET1 ausläuft	-	486 Abs. 2	-
Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	-	483 Abs. 2	-
Minderheitsbeteiligungen (zulässiger Betrag in konsolidiertem CET1)	-	84, 479, 480	-
Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne, abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden	-	26 Abs. 2	-
Hartes Kernkapital (CET1) vor regulatorischen Anpassungen	969,8		-
Hartes Kernkapital (CET 1): regulatorische Anpassungen			
Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	-7,5	34, 105	-
Immaterielle Vermögenswerte (verringert um entsprechende Steuerschulden) (negativer Betrag)	-1,5	36 Abs. 1b), 37, 472 Abs. 4	-
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen derjenige, die aus temporären Differenzen resultieren (verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Art. 38 Abs. 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	-	36 Abs. 1c), 38, 472 Abs. 5	-
Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	-	33 a)	-
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-	36 Abs. 1d), 40, 159, 472 Abs. 6	-
Anstieg des Eigenkapitals, der sich aus verbrieften Aktiva ergibt (negativer Betrag)	-	32 Abs. 1	-
Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten	0,0	33 b)	-
Vermögenswerte aus Pensionsfonds mit Leistungszusage (negativer Betrag)	-	36 Abs. 1e), 41, 472 Abs. 7)	-
Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals (negativer Betrag)	-	36 Abs. 1f), 42, 472 Abs. 8	-

Kapitalinstrumente	Betrag 31.12.2016	Verweis auf Artikel in der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR)	Beträge, die der Behandlung vor der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unterliegen oder vorgeschriebener Restbetrag gemäß Verordnung (EU) Nr. 575/2013
Positionen in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranchen, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	-	36 Abs. 1g), 44, 472 Abs. 9	-
Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranchen, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10% und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	36 Abs. 1h), 43, 45, 46, 49 Abs. 2 und 3, 79, 472 Abs. 10	-
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10% und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-2,9	36 Abs. 1i), 43, 45, 47, 48 Abs. 1b), 49 Abs. 1 bis 3, 79, 470, 472 Abs. 11	-
Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1.250% zuzuordnen ist, wenn das Institut als Alternative jenen Forderungsbetrag vom Betrag der Posten des harten Kernkapitals abzieht	-	36 Abs. 1k)	-
davon: qualifizierte Beteiligungen außerhalb des Finanzsektors (negativer Betrag)	-	36 Abs. 1k) (i), 89 bis 91	-
davon: Verbriefungspositionen (negativer Betrag)	-	36 Abs. 1k) (ii), 243 Abs. 1b), 244 Abs. 1b), 258	-
davon: Vorleistungen (negativer Betrag)	-	36 Abs. 1k) (iii), 379 Abs. 3	-
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (über dem Schwellenwert von 10%, verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Art. 38 Abs. 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	-	36 Abs. 1c), 38, 48 Abs. 1a), 470, 472 Abs. 5	-
Betrag, der über dem Schwellenwert von 17,65% liegt (negativer Betrag)	-	48 Abs. 1	-
davon: direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	-	36 Abs. 1i), 48 Abs. 1b), 470, 472 Abs. 11	-
davon: von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren	-	36 Abs. 1c), 38, 48 Abs. 1a), 470, 472 Abs. 5	-
Verluste des laufenden Geschäftsjahres (negativer Betrag)	-	36 Abs. 1a), 472 Abs. 3	-
Vorsehbare steuerliche Belastung auf Posten des harten Kernkapitals (negativer Betrag)	-	36 Abs. 1l)	-
Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung unterliegen	-		-
Regulatorische Anpassungen im Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 467 und 468	-1,1	467, 468	-
davon: Abzug- und Korrekturposten für nicht realisierte Verluste	-	467	-
davon: Abzug- und Korrekturposten für nicht realisierte Gewinne	-1,1	468	-

Kapitalinstrumente	Betrag 31.12.2016	Verweis auf Artikel in der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR)	Beträge, die der Behandlung vor der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unterliegen oder vorgeschriebener Restbetrag gemäß Verordnung (EU) Nr. 575/2013
Vom harten Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	-	481	-
Betrag der von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das zusätzliche Kernkapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	-	36 Abs. 1j)	-
Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals (CET1) Insgesamt	-13,0		-
Hartes Kernkapital (CET1)	956,8		-
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Instrumente			
Kapitalinstrumente und das damit verbundene Agio	-	51, 52	-
davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Eigenkapital eingestuft	-		-
davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Passiva eingestuft	-		-
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 Abs. 4 zuzüglich des mit ihnen Verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das AT1 ausläuft	-	486 Abs. 3)	-
Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	-	486 Abs. 3)	-
Zum konsolidierten zusätzlichen Kernkapital zählende Instrumente des qualifizierten Kernkapitals (einschließlich nicht in Zeile 5 enthaltener Minderheitsbeteiligungen), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	-	85, 86, 480	-
davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	-	486 Abs. 3)	-
Zusätzliches Kernkapital (AT1): vor regulatorischen Anpassungen	-		-
Zusätzliches Kernkapital (AT1): regulatorische Anpassungen			
Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (negativer Betrag)	-	52 Abs. 1b), 56 a), 57, 475 Abs. 2	-
Positionen in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	-	56 b), 58, 475 Abs. 3	-
Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10% und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	56 c), 59, 60, 79, 475 Abs. 4	-
Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10% und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	56 d), 59, 79, 475 Abs. 4	-

Kapitalinstrumente	Betrag 31.12.2016	Verweis auf Artikel in der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR)	Beträge, die der Behandlung vor der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unterliegen oder vorgeschriebener Restbetrag gemäß Verordnung (EU) Nr. 575/2013
Regulatorische Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (CRR-Restbeträge)	-		-
Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Art. 472 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-	472, 472 Abs. 3a), 472 Abs. 4, 472 Abs. 6), 472 Abs. 8a), 472 Abs. 9, 472 Abs. 10a), 472 Abs. 11a)	-
davon: materielle Zwischenverluste (netto)	-		-
davon: immaterielle Vermögenswerte	-		-
davon: Ausfälle von Rückstellungen für zu erwartende Verluste	-		-
Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Art. 475 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-	477, 477 Abs. 3, 477 Abs. 4a)	-
davon: Überkreuzungsbeteiligungen an Instrumenten des Ergänzungskapitals	-		-
davon: direkte Positionen nicht wesentlicher Beteiligungen am Kapital anderer Unternehmen der Finanzbranche	-		-
Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	-	467, 468, 481	-
davon: mögliche Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Verluste	-	467	-
davon: mögliche Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Gewinne	-	468	-
davon: mögliche Abzugs- und Korrekturposten nach Art. 481	-	481	-
Betrag der von den Posten des Ergänzungskapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das Ergänzungskapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	-	56 e)	-
Regulatorische Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals (AT1) Insgesamt	-		-
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	-		-
Kernkapital (T1 = CET1 + AT1)	956,8		-
Ergänzungskapital (T2): Instrumente und Rücklagen			
Kapitalinstrumente und das damit verbundene Agio	-	62, 63	-
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 Abs. 5 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das T2 ausläuft	-	486 Abs. 4)	-
Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	-	483 Abs. 4)	-
Zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende qualifizierte Eigenmittelinstrumente (einschließlich nicht in den Zeilen 5 bzw. 34 enthaltener Minderheitsbeteiligungen und AT1-Instrumente), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	-	87, 88, 480	-

Kapitalinstrumente	Betrag 31.12.2016	Verweis auf Artikel in der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR)	Beträge, die der Behandlung vor der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unterliegen oder vorgeschriebener Restbetrag gemäß Verordnung (EU) Nr. 575/2013
davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung aus läuft	-	486 Abs. 4)	-
Kreditrisikoeinstufungen	-	62 c) und d)	-
Ergänzungskapital (T2) vor regulatorischen Anpassungen	-		-
Ergänzungskapital (T2): regulatorischen Anpassungen			
Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des Ergänzungskapital und nachrangigen Darlehen (negativer Betrag)	-	63 b) (i), 66 a), 67, 477 Abs. 2	-
Positionen in Instrumenten des Ergänzungskapital und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	-	66 b), 68, 477 Abs. 3)	-
Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapital und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10% und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	66 c), 69, 70, 79, 477 Abs. 4	-
davon: neue Positionen, die keinen Übergangsbestimmungen unterliegen	-		-
davon: Positionen, die vor dem 1. Januar 2013 bestanden und Übergangsbestimmungen unterliegen	-		-
Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapital und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	66 d), 69, 79, 477 Abs. 4	-
Regulatorische Anpassungen des Ergänzungskapital in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (CRR-Restbeträge)	-		-
Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Art. 472 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-	472, 472 Abs. 3a), 472 Abs. 4, 472 Abs. 6, 472 Abs. 8a), 472 Abs. 9, 472 Abs. 10a), 472 Abs. 11a)	-
davon: materielle Zwischenverluste (netto)	-		-
davon: immaterielle Vermögenswerte	-		-
davon: Ausfälle von Rückstellungen für zu erwartende Verluste	-		-
Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Art. 475 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-	475, 475 Abs. 2a), 475 Abs. 3, 475 Abs. 4a)	-
davon: Überkreuzbeteiligungen an Instrumenten des Ergänzungskapitals	-		-
davon: direkte Positionen nicht wesentlicher Beteiligungen am Kapital anderer Unternehmen der Finanzbranche	-		-

Kapitalinstrumente	Betrag 31.12.2016	Verweis auf Artikel in der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR)	Beträge, die der Behandlung vor der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unterliegen oder vorgeschriebe- ner Restbetrag ge- mäß Verordnung (EU) Nr. 575/2013
Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzlichen Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	-	467, 468, 481	-
davon: mögliche Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Verluste	-	467	-
davon: möglicher Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Gewinne	-	468	-
davon: mögliche Abzugs- und Korrekturposten nach Art. 481	-	481	-
Regulatorische Anpassungen des Ergänzungskapitals (T2) Insgesamt	-		-
Ergänzungskapitals (T2) Insgesamt	-		-
Eigenkapital insgesamt (TC = T1 + T2)	956,8		-
Risikogewichtete Aktiva in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (CRR-Restbeträge)	-		-
davon: nicht vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten (Verordnung (EU) Nr. 575/2013, Restbeträge z. B. von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, verringert um entsprechende Steuerschulden, indirekte Positionen in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals usw.	-	472, 472 Abs. 5, 472 Abs. 8b), 472 Abs. 10b), 472 Abs. 11b)	-
davon: nicht von Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringende Posten (Verordnung (EU) Nr. 575/2013, Restbeträge z. B. Überkreuzbeteiligungen an Instrumenten des Ergänzungskapitals, direkte Positionen nicht wesentlicher Beteiligungen am Kapital anderer Unternehmen der Finanzbranche usw.	-	475, 475 Abs. 2b), 475 Abs. 2c), 475 Abs. 4b)	-
davon: nicht von Posten des Ergänzungskapitals in Abzug zu bringende Posten (Verordnung (EU) Nr. 575/2013, Restbeträge, z. B. indirekte Positionen in Instrumenten des eigenen Ergänzungskapitals, indirekte Positionen nicht wesentlicher Beteiligungen am Kapital anderer Unternehmen der Finanzbranche, indirekte Positionen wesentlicher Beteiligungen am Kapital anderer Unternehmen der Finanzbranche usw.	-	477, 477 Abs. 2b), 477 Abs. 2c), 477 Abs. 4b)	-
Risikogewichtete Aktiva Insgesamt	5.204,3		-
Eigenkapitalquoten und -puffer			
Harte Kernkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	18,39	92 Abs. 2a), 465	-
Kernkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	18,39	92 Abs. 2b), 465	-
Gesamtkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	18,39	92 Abs. 2c)	-

Kapitalinstrumente	Betrag 31.12.2016	Verweis auf Artikel in der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR)	Beträge, die der Behandlung vor der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unterliegen oder vorgeschriebener Restbetrag gemäß Verordnung (EU) Nr. 575/2013
Institutsspezifische Anforderung an Kapitalpuffer (Mindestanforderung an die harte Kernkapitalquote nach Art. 92 Abs. 1a), zuzüglich der Anforderungen an Kapitalerhaltungspuffer und antizyklische Kapitalpuffer, Systemrisikopuffer und Puffer für systemrelevante Institute (G-SRI oder A-SRI), ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	5,14	CRD 128, 129, 130	-
davon: Kapitalhaltungspuffer (in Mio. EUR)	32,5		-
davon: antizyklischer Kapitalpuffer (in Mio. EUR)	0,6		-
davon: Systemrisikopuffer (in Mio. EUR)	-		-
davon: Puffer für global systemrelevante Institute (G-SRI) oder andere systemrelevante Institute (A-SRI) (in Mio. EUR)	-	CRD 131	-
Verfügbares hartes Kernkapital für die Puffer (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	13,89	CRD 128	-
Beträge unter den Schwellenwerten für Abzüge (vor Risikogewichtung)			
Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Kapitalinstrumenten von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (weniger als 10% und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	-	36 Abs. 1h), 45, 46, 472 Abs. 10, 56 c), 59, 60, 475 Abs. 4, 66 c), 69, 70, 477 Abs. 4	-
Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (weniger als 10% und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	-	36 Abs. 1i), 45, 48, 470, 472 Abs. 11	-
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (über dem Schwellenwert von 10%, verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Art. 38 Abs. 3 erfüllt sind)	-	36 Abs. 1c), 38, 48, 470, 472 Abs. 5	-
Anwendbare Obergrenzen für die Einbeziehung von Wertberichtigungen in das Ergänzungskapital			
Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der Standardansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	-	62	-
Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des Standardansatzes	56,9	62	-
Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der auf internen Beurteilungen basierende Ansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	-	62	-
Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des auf internen Beurteilungen basierende Ansatzes	-	62	-
Eigenkapitalinstrumente, für die die Auslaufregelungen gelten (anwendbar nur vom 1. Januar 2013 bis 1. Januar 2022)			
Derzeitige Obergrenze für CET1-Instrumente, für die die Auslaufregelungen gelten	-	484 Abs. 3, 486 Abs. 2 und 5	-
Wegen Obergrenze aus CET1 ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	-	484 Abs. 3, 486 Abs. 2 und 5	-

Kapitalinstrumente	Betrag 31.12.2016	Verweis auf Artikel in der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR)	Beträge, die der Behandlung vor der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unterliegen oder vorgeschriebener Restbetrag gemäß Verordnung (EU) Nr. 575/2013
Derzeitige Obergrenze für AT1-Instrumente, für die die Auslaufregelungen gelten	-	484 Abs. 3, 486 Abs. 2 und 5	-
Wegen Obergrenze aus AT1 ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	-	484 Abs. 3, 486 Abs. 2 und 5	-
Derzeitige Obergrenze für T2-Instrumente, für die die Auslaufregelungen gelten	-	484 Abs. 3, 486 Abs. 2 und 5	-
Wegen Obergrenze aus T2 ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	-	484 Abs. 3, 486 Abs. 2 und 5	-

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Offenlegungsvorschriften, die in der IBB-Gruppe keine Anwendung finden	3
Tabelle 2: Übersicht der konsolidierten Unternehmen	5
Tabelle 3: Kurzübersicht der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelstruktur, in Mio. EUR	7
Tabelle 4: Überleitungsrechnung vom bilanziellen zum regulatorischen Kapital, in Mio. EUR	8
Tabelle 5: Eigenmittelanforderungen und Risikoaktiva nach Risikoart zum 31.12.2016, in Mio. EUR	9
Tabelle 6: Gesamt- und Kernkapitalquoten, in %	9
Tabelle 7: Geografische Verteilung der für die Berechnung des antizyklischen Kapitalpuffers wesentlichen Kreditrisikopositionen auf konsolidierter Basis zum 31.12.2016	10
Tabelle 8: Höhe des institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffers	11
Tabelle 9: Anzahl der von Mitgliedern des Vorstands bekleideten Leitungs- oder Aufsichtsfunktionen	12
Tabelle 10: Anzahl der von Mitgliedern des Verwaltungsrats bekleideten Leitungs- oder Aufsichtsfunktionen	12
Tabelle 11: Art, Inhalt und Frequenz der Risikoberichte	15
Tabelle 12: Wertorientierte Risikotragfähigkeit der Investitionsbank Berlin, in Mio. EUR	16
Tabelle 13: Bonitätsbeurteilung der Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) nach Ratingklassen	19
Tabelle 14: Gesamtbetrag der Risikopositionen nach Risikopositionsklassen, in Mio. EUR	20
Tabelle 15: Adressenausfallrisiken je Risikoposition nach Regionen, in Mio. EUR	21
Tabelle 16: Adressenausfallrisiken je Risikoposition nach Branchen, in Mio. EUR	21
Tabelle 17: Adressenausfallrisiken je Risikoposition nach Restlaufzeiten, in Mio. EUR	22
Tabelle 18: Risikopositionsklassen vor Kreditrisikominderung, in Mio. EUR	23
Tabelle 19: Risikopositionsklassen nach Kreditrisikominderung, in Mio. EUR	24
Tabelle 20: Übersicht der aufsichtsrechtlich relevanten Sicherheiten, in Mio. EUR	24
Tabelle 21: Notleidende und überfällige Forderungen nach wesentlichen Branchen, in Mio. EUR	26
Tabelle 22: Notleidende und überfällige Forderungen nach wesentlichen Regionen, in Mio. EUR	27
Tabelle 23: Entwicklung der Risikovorsorge für Adressenausfallrisiken, in Mio. EUR	27
Tabelle 24: Positive Wiederbeschaffungswerte zum 31.12.2016, in Mio. EUR	27
Tabelle 25: Kontrahentenausfallrisiko zum 31.12.2016, in Mio. EUR	27
Tabelle 26: Wertansätze für Beteiligungsinstrumente der IBB-Gruppe zum 31.12.2016, in Mio. EUR	28
Tabelle 27: Gewinne und Verluste aus Beteiligungsinstrumenten, in Mio. EUR	28
Tabelle 28: Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch zum 31.12.2016, in Mio. EUR	29
Tabelle 29: Belastete und unbelastete Vermögenswerte der IBB-Gruppe, in Mio. EUR	33

Tabelle 30: Beizulegender Zeitwert erhaltene Sicherheiten der IBB-Gruppe, in Mio. EUR	33
Tabelle 31: Belastete Vermögenswerte, erhaltene Sicherheiten und damit verbundene Verbindlichkeiten, in Mio. EUR	34
Tabelle 32: Summarischer Vergleich der Bilanzaktiva und der Gesamtrisikopositionsmessgröße zum 31.12.2016, in Mio. EUR	35
Tabelle 33: Einheitliches Offenlegungsschema für die Verschuldungsquote zum 31.12.2016, in Mio. EUR	36
Tabelle 34: Verschuldungsquoten nach Delegierter Verordnung, in Mio. EUR	37
Tabelle 35: Aufschlüsselung von bilanziellen Risikopositionen zum 31.12.2016, in Mio. EUR	37
Tabelle 36: Vergütungsinformation der IBB und der IBB Beteiligungsgesellschaft für das Geschäftsjahr 2016 gemäß InstitutsVergV	42
Tabelle 37: Vergütungsinformationen des Verwaltungsrats der IBB für das Geschäftsjahr 2016, in TEUR	43
Tabelle 38: Vergütungsinformationen des Aufsichtsrats der IBB Bet für das Geschäftsjahr 2016, in TEUR	43
Tabelle 39: Verwaltungsrat der IBB	43
Tabelle 40: Vergütungskontrollausschuss der IBB	43
Tabelle 41: Aufsichtsrat der IBB Beteiligungsgesellschaft	43
Tabelle 42: Vollständige Übersicht der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel während der Übergangszeit, in Mio. EUR	44

Abkürzungsverzeichnis

a.F.	alte Fassung
Abs.	Absatz
ALCO	Asset Liability Committee
Art.	Artikel
AT1	Additional Tier 1 (Zusätzliches Kernkapital)
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
CET1	Common Equity Tier 1 (Hartes Kernkapital)
CRD IV	Capital Requirements Directive IV - Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG
CRR	Capital Requirements Regulation - Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012
CVaR	Credit-Value-at-Risk
CSVaR	Credit-Spread-Value-at-Risk
EBA	European Banking Authority (Europäische Bankenaufsichtsbehörde)
EMIR	European Markets Infrastructure Regulation (EMIR-Verordnung)
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
i. V. m.	in Verbindung mit
IBB Bet	IBB Beteiligungsgesellschaft mbH
IFRS	International Financial Reporting Standards
InstitutsVergV	Institutsvergütungsverordnung vom 16. Dezember 2013 - Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten
ITS	Implementing Technical Standards (Durchführungsverordnung)
KSA	Kreditrisiko-Standardansatz gemäß Teil 3 Titel II Kapitel 2 CRR
KWG	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz)
LGG	Landesgleichstellungsgesetz Berlin
LiqV	Liquiditätsverordnung
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
SFT	Securities Financing Transaction (Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)
SolvV	Solvabilitätsverordnung
T1	Tier 1 (Kernkapital)
T2	Tier 2 (Ergänzungskapital)
VaR	Value-at-Risk